



Effizient wirtschaften, aber kein Sparen an der falschen Stelle!

Nachhaltiges Beschaffungswesen in der
Evangelischen Kirche im Rheinland –
Vorschläge für eine Umsetzung

Impressum

Erscheinungsort und Datum:
Siegburg, Mai 2010

Herausgegeben von:
Evangelische Kirche im Rheinland / SÜDWIND e.V.

Autor:
Friedel Hütz-Adams

Redaktion und Korrektur:
Rieke van Geldern und Vera Pack

Gestaltung und Satz der Titelseite:
Frank Zander, Berlin

Fotos der Titelmontage:
Jens Sannig (Christuskirche im Übach-Palenberger Ortsteil Frelenberg) & Marein Jochimczyk

Adressen:

SÜDWIND e.V.
Lindenstraße 58–60
53721 Siegburg
Tel.: +49 (0)2241 – 53617
Fax: + 49 (0)2241 – 51308
huetz-adams@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Evangelische Kirche im Rheinland
Dr. Heinz-Jürgen Joppien
Hans-Böckler-Str. 7
40476 Düsseldorf
Tel: +49 (0)211 – 4562 529
heinz-juergen.joppien@ekir-lka.de
www.ekir.de

Danksagung:

Für wichtige Anregungen und Erfahrungsberichte dankt der Autor hiermit seinen zahlreichen Gesprächspartnern aus Kirchengemeinden, kirchlichen Einrichtungen sowie Kommunen!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Warum die Beschaffung ändern?	5
1.1 Klima schützen – Kosten sparen.....	6
1.2 Ressourcen schonen.....	14
1.3 Sozialstandards einfordern	18
1.4 Geldanlagen nach Kriterien.....	25
2. Umsetzung	27
3. Ausblick	34
4. Links und Kontakte.....	35
5. Literatur	37

Vorwort

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat 2008 die Stellungnahme »Wirtschaften für das Leben« beraten und verabschiedet. Sie beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Globalisierung als Herausforderung für die Kirchen. Zugleich wurde beschlossen, in konkreten Handlungsfeldern weiter zu arbeiten. So sind z. B. in den Bereichen Klimaschutz und Achtung der Tarif- und Sozialstandards verbessernde Maßnahmen eingeleitet worden.

Wir legen hier einen Leitfaden für das Handlungsfeld der ökofairen Beschaffung in unserer Landeskirche vor. Der Schritt von der Kritik der ökologischen und sozialen Folgen unseres Konsums hin zur Frage, wo kirchliche Stellen aktiv in der eigenen Beschaffung Missstände verhindern können liegt nahe: Wenn neben dem Einkauf für die Gemeinden noch weitere kirchliche Einrichtungen – darunter konfessionelle Kindergärten, Schulen, Altenheime und Krankenhäuser – zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bewegt werden können, hätte dies aufgrund der relativen Marktmacht dieser Einrichtungen erhebliche Auswirkungen.

Kaffee oder Tee werden bereits heute in vielen kirchlichen Einrichtungen aus Fairem Handel gekauft. In der Praxis ist der Weg hin zu einer weitergehenden nachhaltigen Beschaffung jedoch nicht einfach. In vielen kirchlichen Bereichen wird daher diskutiert, warum überhaupt bewusster eingekauft werden soll, was dies kostet und wie die Umstrukturierung des Einkaufs umgesetzt werden kann.

Andererseits haben aber auch bereits viele Kirchengemeinden und Einrichtungen konkrete Schritte in diese Richtung gemacht. Es gibt viele Vorarbeiten, auf die aufgebaut werden kann – ganz im Sinne der Studie des Wuppertal-Instituts »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt«, in der die Vision einer Wirtschaft entworfen wird, die den zukünftigen Generationen ihr Überleben sichert. Zudem stehen die Kirchen nicht alleine da: Seit 2002 haben fast 200 meist große Kommunen und acht Bundesländer beschlossen, die eigene Beschaffung nachhaltig zu gestalten.

Der vorliegende Leitfaden soll Ihnen als Beratungsgrundlage und als Anregung für weitere Schritte dienen.¹



(Nikolaus Schneider)
Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland

¹ Eine Kurzfassung des Leitfadens steht als Download im Internet zur Verfügung oder kann in gedruckter Fassung bei den Herausgebern bezogen werden. Kontakte siehe Seite 2.

1. Warum die Beschaffung ändern?

„Der Auftrag, die Schöpfung zu bewahren, gehört zum Kernbestand der jüdisch-christlichen Überlieferung. Wenn unsere Kirche den Gedanken der Bewahrung der Schöpfung weitergibt, wird sie gefragt, ob sie selbst diesem Ziel genügt. Ihre Antwort muss daher glaubwürdig und ihr Handeln transparent sein. In der Ernsthaftigkeit des Bemühens um die Bewahrung der Schöpfung darf sie sich nicht von Wirtschaftsunternehmen, Banken und Kommunen übertreffen lassen.“

(Quelle: Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, „Der Grüne Hahn“ – Projekt zur Einführung eines Umweltmanagements – www.gruenerhahn.de)

Effizient wirtschaften ist das Gebot für die Kirchmeisterinnen und Kirchmeister in den Kirchengemeinden, bei den Verantwortlichen für die Haushalte in den kirchlichen Einrichtungen und Verwaltungen. Sparzwang und Wirtschaftlichkeit sind die leitenden Kategorien für die Erstellung des nächsten Haushalts. Die Orientierung an Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und Sozialverträglichkeit tritt oft in den Hintergrund. Dennoch sind die Zweifel bekannt, ob das Prinzip „billig ist besser für den Haushalt“ auch längerfristig gesehen Gültigkeit haben kann – im Blick auf die billig eingekauften Verbrauchsmaterialien, die billig erstandenen Investitionsgüter, die billig entlohnte Dienstleistung.

Das Dilemma zwischen rein ökonomischem Denken und der Beachtung ethischer Kriterien bei haushaltsrelevanten Beschlüssen erfordert eine bewusste Entscheidung. Die folgenden Analysen und Empfehlungen versuchen, dafür Hilfen anzubieten.

60 Mrd. Euro Umsatz

Kirchen und ihre Einrichtungen kaufen täglich Produkte und Dienstleistungen ein. Die Palette reicht von Papier über Computer, Autos, Baumaterialien, Möbel, Dienstkleidung, Reinigungsmittel, Nahrungsmittel und Blumen bis hin zu Strom und Wasser. Hinzu kommen Dienstleistungen von der Reinigung bis zur Abfallentsorgung, die eingekauft werden. Schätzungen zufolge liegt der Umsatz in der Beschaffung der katholischen und evangelischen Kirchen jährlich bei mindestens 60 Mrd. Euro (Teichert 2010).

Innerhalb dieser Beschaffungskette gibt es große Potentiale, ökologische und soziale Standards durchzusetzen. Viele Synoden haben bereits diesbezügliche Beschlüsse gefasst mit dem Ziel, zur Eindämmung des Klimawandels, Schonung der Ressourcen und Durchsetzung sozialer Mindeststandards beizutragen. Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen sind in den verschiedensten Bereichen aktiv geworden.

Doch es bleibt noch viel zu tun, wie die Ergebnisse einer Befragung von 22 Landeskirchen und Diakonischen Werken Anfang 2010 zeigen: „Der Einkauf läuft in der überwiegenden Mehrzahl der kirchlichen Einrichtungen nach herkömmlichen Mustern ab. Ökologische oder faire Produkte spielen nur eine untergeordnete Rolle. Der Preis wird in der Mehrzahl der Interviews als das zentrale Kriterium der Produktauswahl genannt. Mit Ausnahme der Bremischen Evangelischen Kirche, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, dem Deutschen Evangelischen Kirchentag und dem Kirchenkreis Moers haben ökologische und faire Kriterien nur wenig Einfluss auf die Produktauswahl der kirchlichen Beschaffung. Produkte, die diesen Kriterien entsprechen, werden häufig als zu teuer angesehen“ (Teichert 2010).

Sicherlich konnten bei dieser Befragung nicht alle kirchlichen Stellen und Einrichtungen erfasst werden, die bereits an der Veränderung der Beschaffung arbeiten, doch die Ergebnisse zeigen, dass noch viel ungenutztes Potential vorhanden ist.

1.1 Klima schützen – Kosten sparen

„Der verantwortliche Umgang mit Energie ist praktizierter Schöpfungsglaube. Er bietet den Kirchen die Chance und die Verpflichtung zu einem wirksamen Zeichenhandeln. Die tief greifenden Umbruchprozesse bei der Energieerzeugung und Energienutzung fordern die Kirchen heraus, ihre Kraft und ihr Engagement zu ethischer Bewusstseinsbildung und gesellschaftlicher Mitverantwortung einzusetzen.“

(Quelle: Hans-Gerd Wirtz, Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in den deutschen (Erz-) Diözesen / Thomas Schaak, Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland, zitiert nach Dahm 2009: 9.)

Der Lebensstil von Menschen in den Industrieländern und von wohlhabenden Eliten in den Schwellen- und Entwicklungsländern benötigt große Mengen Energie, die meist aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas stammt. Das bei dieser Verbrennung entstehende CO₂ verursacht Klimaveränderungen, die das Leben der Menschheit bedrohen. Eine Reihe von Landeskirchen, darunter die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR), Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen schrieben dazu in einer im Jahr 2009 verabschiedeten Stellungnahme mit dem Titel „Klima der Gerechtigkeit - Entwicklungspolitische Klimaplattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke“:

- „Der Treibhauseffekt zerstört natürliche Lebensgrundlagen, verschärft Armut, untergräbt Entwicklungsmöglichkeiten und verstärkt Ungerechtigkeit. (...) Aus christlich-ethischer Sicht ist diese Entwicklung weder gottgewollt noch ein unabwendbares Schicksal. Sie ist Ausdruck eines krassen Mangels an gerechtem Verhalten der Industriestaaten, aber auch zunehmend der aufstrebenden Schwellenländer, die dem westlichen Entwicklungsmodell folgen, gegenüber den Entwicklungsländern, nachfolgenden Generationen und der Schöpfung. Beim Klimaschutz geht es daher um beides: um die Verantwortung für Gottes Schöpfung und um Menschenwürde. Es geht um Teilhabegerechtigkeit an den Umweltgütern und -dienstleistungen. Es geht darum, den Menschen des Südens und nachfolgenden Generationen faire Entwicklungschancen zu geben“ (Klimaplattform 2009: 8).

Weiter heißt es dort:

- „Nach einer bereits 1996 veröffentlichten Studie verbrauchen die Kirchengemeinden, Tagungsstätten, Verwaltungen und diakonischen Einrichtungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) so viel Energie wie die Stadt Hannover. Dabei wird so viel Kohlendioxid emittiert, wie die Länder Sudan und Kenia zusammen ausstoßen. Dieses sind 10 % der CO₂-Emissionen Dänemarks. Allein die sich in absehbarer Zeit amortisierenden Investitionen umfassen ein CO₂-Einsparpotenzial von 37 % der Gesamtemissionen. 2007 schätzte die Energieagentur NRW das ökonomische Einsparpotenzial durch Verhaltensänderung und geringinvestive Maßnahmen in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen allein in NRW auf jährlich 40 Mio. Euro“ (Klimaplattform 2009:19).

Schnelles Handeln erforderlich

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, den Temperaturanstieg bis zum Jahr 2100 auf höchstens 2°C zu begrenzen (im Vergleich zum vorindustriellen Niveau). Die

Auswirkungen, die bei diesem moderat erscheinenden Temperaturanstieg eintreten werden, sind schon sehr dramatisch und werden der internationalen Gemeinschaft viel abverlangen, um sie insbesondere in den ärmsten Ländern abfedern zu können. Wenn z.B. durch zunehmende Dürren nutzbare Ackerflächen verloren gingen, könnte möglicherweise eine zunehmende Bevölkerung nicht mehr ausreichend ernährt werden.

Was aber über die 2°C hinausgeht, wird nach heutigem Kenntnisstand unbeherrschbar. Denn jenseits dieses Grenzwertes könnten Kettenreaktionen in Gang gesetzt werden, die abrupte Klimaänderungen zur Folge haben. Viele der Auswirkungen wären unumkehrbar und würden die Menschheit vor Probleme nicht bekannten Ausmaßes stellen. Solche Zusammenhänge werden daher auch als „Kippschalter“ bezeichnet. Zu diesen Kippschaltern gehören:

- die Instabilität der Eisschilde,
- der Kollaps des Amazonasregenwaldes,
- das Auftauen des Permafrostboden und Freisetzung von Methangas,
- die Abschwächung des Nordatlantikstroms,
- die Monsuntransformation (Details siehe: Knoke 2009: 5-6).

In vielen armen Regionen dieser Welt sind lebensbedrohende Veränderungen durch den Klimawandel bereits Realität. Vielerorts treten vermehrt extreme Wetterereignisse wie Stürme und Überflutungen auf, die auch an Stärke zunehmen. Umgekehrt bleiben an anderen Orten, die ohnehin schon unter Trockenheit leiden, Regenfälle aus oder werden unberechenbar, so dass der Anbau von Nahrungsmitteln erschwert wird.

Für die Menschen in diesen Regionen, die oft zu den ärmsten der Welt gehören, sind solche Krisensituationen lebensbedrohlich. Sie verfügen nicht über Vermögen oder Ersparnisse, die sie über Durststrecken retten könnten, und sie können keine Versicherungen gegen solche Katastrophen abschließen. Fünf zentrale Aspekte des Klimawandels sind für Entwicklungsländer besonders relevant:

- das Ansteigen des Meeresspiegels,
- die ungesicherte Wasserversorgung und Wasserknappheit,
- die Agrarproduktion und Ernährungssicherung,
- zunehmende Klimakatastrophen,
- Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit (Knoke 2009: 8-12).

Um den Temperaturanstieg zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energien in den Industrieländern in den nächsten Jahrzehnten um 80 bis 90 % gesenkt werden. Eine Reihe von Studie belegt, dass dies möglich ist. Die Unternehmensberatung McKinsey veröffentlichte beispielsweise im April 2010 eine Studie mit dem Titel „Roadmap 2050“. Die dort berechneten Szenarien kommen zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2050 eine Energieversorgung, die zu 80 % aus erneuerbaren Energien besteht, nicht nur technisch umsetzbar sondern auch verlässlich und kostengünstig sein kann – wenn die richtigen politischen und ökonomischen Weichen gestellt werden (ECF 2010).

Zahlreiche Ansätze vorhanden

Auch der Ökonom Nicolas Stern kam in einer im Auftrag der britischen Regierung verfassten Studie („Stern-Report“) zu dem Ergebnis, dass wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen bezahlbar sind. Nichts zu unternehmen könnte dagegen mittel- und langfristig sehr viel teurer werden. So weist Stern nach, dass zur Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf 2°C bis 3°C etwa 1 % des jährlichen weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) investiert werden müsste. Ein „weiter so wie bisher“ könnte nach Sterns Szenarien dagegen zu einem

Temperaturanstieg von mehr als 5°C führen, was Kosten in Höhe von mindestens 5 % des BIP zur Folge hätte (Stern 2006).

Die Kirchen können mit eigenen Investitionen ihren Beitrag zur Reduzierung der Folgen des Klimawandels leisten – und zugleich in vielen Bereichen Geld sparen.

Strom und Wärme

Es gibt bundesweit mehr als 12.000 katholische Pfarreien und 16.000 evangelische Kirchengemeinden. Der größte Teil der kirchlichen Gebäude wurde lange vor dem Inkrafttreten der Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 errichtet. Damit entsprechen sie zumeist nicht den derzeit möglichen Wärmedämmstandards. In den Gebäuden dieser Gemeinden wie Kirchen, Pfarrhäusern, Gemeindezentren, Altenheimen, Krankenhäusern, Kindergärten etc. gibt es daher häufig unentdeckte, aber durchaus große Einsparpotentiale im Energiebereich. Dies betrifft sowohl die Heizung als auch den Stromverbrauch. Die „EnergieAgentur.NRW“ hat in den letzten zehn Jahren rund 400 Gemeinden in NRW beraten. Diese verbrauchen im Durchschnitt

- 400.000 kWh Wärme pro Jahr im Wert von 27.000 Euro und
- 35.000 kWh Strom pro Jahr im Wert von 7.500 Euro.

Die Erfahrungen zeigen, dass sich von diesen knapp 35.000 Euro kurzfristig rund 10 % einsparen lassen, ohne dass in größerem Umfang investiert werden muss. Bei einer optimalen Investitionsplanung sind sogar Einsparungen von 30 % möglich (Dahm 2010: 13, 39).

Wichtig ist, in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme zu machen, da für viele kirchliche Gebäude grundlegende Daten über den Verbrauch von Energie bislang nicht vorliegen. Um einmalige Witterungseinflüsse oder sonstige Besonderheiten auszuschließen, müssen zudem die Daten mehrerer Jahre zusammengestellt werden. Die älteren Unterlagen befinden sich jedoch oft nicht mehr in der Gemeinde, sondern im Archiv der zentralen Gemeindeverwaltungen oder den Kassenstellen (Dahm 2010: 18-19).

Die Einsparmöglichkeiten sind oft wesentlich größer als es auf dem ersten Blick erscheint. Häufig verfügen Kirchengemeinden über eine ganze Reihe von Gebäuden, die alle getrennt mit Energie versorgt werden. Jede Einheit für sich ist nicht sehr groß, doch fasst man beispielsweise Kirche, Gemeindehaus, Jugendheim, Kindergarten und Altenheim zusammen, ist die Gemeinde bei einer relativ großen Einheit angelangt. Statt jedes Gebäude einzeln zu betrachten und die Heizungsanlagen zu sanieren, kann nun beispielsweise ein gemeinsames Blockheizkraftwerk für die gesamte Wärme- und Stromversorgung in Frage kommen.

Was tun ohne Geld?

Kirchliche Einrichtungen können einen Vertrag über ein „Energiecontracting“ abschließen: Jemand anderes plant, finanziert, baut und betreibt eine neue Energieversorgung (beispielsweise ein Blockheizkraftwerk) und investiert in bauliche Veränderungen, die Energie einsparen. Die kirchliche Einrichtung bezahlt dann die Dienstleistung Energieversorgung. Das Geschäftsmodell ist noch selten, weitet sich aber aus, da Energieversorger in das Geschäft einsteigen.

Möglich ist unter anderem ein „Einsparcontracting“. Dabei wickelt ein externer Dienstleister das gesamte Projekt ab. Die kirchliche Einrichtung bezahlt über eine festgelegte Zahl von Jahren weiterhin so viel für Wärme und Strom wie zuvor. Da der Verbrauch und die Kosten jedoch durch die Veränderungen deutlich gesunken sind, zahlen sie mit der Monatsrate die Investition ab. Nach der festgelegten Zahl von Jahren geht das komplette Projekt in Besitz der Einrichtung über, und dann kommen ihr die Einsparungen zugute (Dahm 2009: 130-133).

Beispiel: Rheinische Kliniken Bonn

Die Rheinischen Kliniken Bonn (heutiger Name: LVR-Klinik Bonn) wurden bis 1997 durch eine Heizzentrale mit Wärme versorgt. Die überdimensionierte Anlage verbrannte Öl und Gas und verursachte jährlich Kosten in Höhe von rund 1,5 Mio. Euro. Untersuchungen zeigten, dass Einsparungen von mehreren hunderttausend Euro pro Jahr möglich wären – wenn mehrere Millionen Euro investiert würden.

Beraten durch die „EnergieAgentur.NRW“ wurde mit Contracting-Firmen verhandelt und ein Energieeinsparprogramm entwickelt. Nachdem das Unternehmen „Imtech-Contracting“ den Zuschlag erhielt, wurden 4,5 Mio. Euro investiert. Finanziert wurde dies über einen Energieeinsparvertrag mit einer Laufzeit von 10 Jahren: Nach den Investitionen sparten die Rheinischen Kliniken rund ein Drittel der zuvor benötigten Energie ein. Diese Einsparungen finanzierten die Rückzahlung der Investitionen (EnergieAgentur.NRW 2007: 26).

Beleuchtung

In Deutschland wird rund 10 % des Stromverbrauchs für die Beleuchtung benötigt, in reinen Bürogebäuden liegt der Anteil sogar bei bis zu 50 % (Berliner Energieagentur 2009a: 4 / DENA 2006: 2). In vielen Gemeinden ist die Beleuchtung der größte Stromverbraucher (Dahm 2009: 95). Eine Umstellung auf stromsparende Beleuchtung schont das Klima und den Geldbeutel: Auf acht Jahre hochgerechnet kosten nach Berechnungen der Berliner Energieagentur Einkauf und Stromverbrauch bei drei Stunden Brenndauer je Tag bei Nutzung einer 100 Watt Glühlampe 140 Euro, bei Verwendung einer vergleichbaren Energiesparlampe dagegen nur 38 Euro (Berliner Energieagentur 2009a: 13 / siehe Tabelle).

Kostenvergleich von Glüh- und Energiesparlampen

	Glühlampe	Energiesparlampe
Elektrische Leistung	100 W	20 W
Mittlere Lebensdauer	1.000 Std.	10.000 Std.
Lichtstrom (Lichtleistung gemessen in Lumen)	1.200 lm	1.200 lm
Verhältnis Wärme zu Licht	95% zu 5 %	75% zu 25%
Anzahl benötigte Lampen (über 8 Jahre, 3 Stunden Nutzung täglich)	8	1
Energieverbrauch (über 8 Jahre, 3 Stunden Nutzung täglich)	876 kWh	175,2 kWh
Energiekosten (0,16 Euro/kWh)	140,16 Euro	28,03 Euro
Kosten pro Lampe	0,50 Euro	10,00 Euro
Lampenkosten in 8 Jahren	4,00 Euro	10,00 Euro
Gesamtkosten in 8 Jahren	144,16 Euro	38,03 Euro
Einsparung	-	106,13 Euro

(Quelle: Berliner Energieagentur GmbH 2009a: 13)

Bürogeräte

Energieeffiziente Computer, Laptops und Monitore benötigen nach Berechnungen der Berliner Energieagentur zwischen 44 % und 78 % weniger Strom als gängige Modelle. (Berliner Energieagentur 2009b: 6). Ähnliche Unterschiede gibt es auch bei Druckern, Kopierern und anderen technischen Geräten. Die Fortschritte bei der Reduzierung des Stromverbrauchs waren

in den letzten Jahren immens. Darüber hinaus lassen sich schon durch kleine Maßnahmen nennenswerte Energiemengen sparen. Dazu gehört unter anderem die oft angeführte Steckerleiste mit Schalter: Bei Dienstschluss wird die Stromzufuhr für die Bürogeräte komplett abgestellt, damit diese nicht im Stand-By-Modus weiter Energie verbrauchen können.

Nicht nur kirchliche Stellen und private Konsumentinnen und Konsumenten haben den Stromverbrauch als wichtigen Kostenfaktor entdeckt. Auch Unternehmen wollen Kosten senken und fordern sparsamere Geräte. Schätzungen der Deutschen Energie-Agentur (Dena) zufolge lassen sich die Stromkosten in den meisten Unternehmen halbieren. Selbst wer keine neuen sparsamen Geräte kaufen will, kann über die intelligente Einstellung der vorhandenen Software einiges erreichen. Innovative Lösungen werden bereits erarbeitet. Von IBM gibt es beispielsweise Bewegungssensoren, die registrieren, wenn die am Computer arbeitende Person aufsteht. Der Rechner wird dann in den Energiesparmodus geschaltet (Vergin 2010).

Bei Druckern muss zusätzlich darauf geachtet werden, dass diese Papier beidseitig bedrucken können. Dadurch lässt sich laut Umweltbundesamt im Durchschnitt rund ein Drittel des Papierverbrauchs einsparen und so indirekt Klima und direkt der Geldbeutel schonen (UBA 2008: 31).

Recyclingpapier mit dem Siegel „Blauer Engel“ kann helfen, die Umwelt weiter zu entlasten und ist bei Beschaffung in größeren Mengen oft preisgünstiger als anderes Papier.

Eine Studie des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 2008 zeigt, wie wichtig es ist, beim Kauf eines Druckers nicht nur auf den Einkaufspreis zu achten. Damals machten bei einem im Stromverbrauch relativ sparsamen Drucker die Kosten für Toner rund zwei Drittel der Lebenszykluskosten von rund 7.000 Euro aus, gefolgt von Papier (rund 22 %), dem Einkaufspreis (9 %) und den Stromkosten (1 %) (UBA 2008: 31). Das verführerische „Schnäppchen“ für wenige Euro wird schnell zum teuren Einkauf, wenn der Toner- und der Stromverbrauch hoch und der beidseitige Druck nicht möglich sind.

Haushaltsgeräte

Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen kaufen Kühlschränke, Spül- und Waschmaschinen, Wäschetrockner und andere technische Geräte. Auch hier gibt es große Unterschiede im Energieverbrauch, die sich massiv auf die langfristigen Kosten auswirken. Im Herbst 2009 auf dem Markt befindliche Kühlschränke (Einbaugeräte, 124 cm hoch) mit Sternefach verbrauchen nach Angaben der „EnergieAgentur.NRW“ beispielsweise bei einer Nutzungsdauer von 15 Jahren Strom im Wert von 539 Euro (sparsamstes Model) bis zu 1.213 Euro (ineffizientestes Gerät). Bei Gefrierschränken (Standgerät) lag die Spanne zwischen 508 Euro und 1.367 Euro. Ähnlich groß sind die Unterschiede bei Trocknern, geringer dagegen bei Wasch- und Spülmaschinen (EnergieAgentur.NRW 2010 / siehe Tabelle).

Stromverbrauch ausgewählter Geräte bei einer Nutzungsdauer von 15 Jahren in Euro

	Sehr sparsam	Hoher Verbrauch
Kühlschränke ohne Sternefach		
Tisch-/Unterbaugeräte	289	677
Standgeräte	316	614
Einbaugeräte, ab 124 cm hoch	323	752
Kühlschränke mit (*/***)-Fach (-18°C)		
Tisch-/Unterbaugeräte	426	927
Standgeräte	412	989
Einbaugeräte, 124 cm hoch	539	1.213

Kühl-Gefrier-Kombinationen		
Standgeräte	553	1.982
Einbaugeräte 180-200 cm hoch	666	1504
Gefrierschränke		
Tisch-/Unterbaugeräte	440	1.017
Standgeräte	508	1.367
Einbaugeräte 140 cm hoch	642	890
Waschmaschinen		
5 kg Frontlader	947	1.299
Wäschetrockner		
Ablufttrockner	763	2.325
Luft-Kondenstrockner	857	2.401
Spülmaschinen (60 cm breit)		
Tisch-/Unterbaugeräte	975	1.505
Einbaugeräte	975	1.482

(Quelle: EnergieAgentur.NRW 2010)

Ökostrom

Durch den Kauf von Strom aus regenerativen Quellen lässt sich zumindest in diesem Bereich der CO₂-Ausstoß auf nahezu Null senken. Überprüfungen bei vielen Kirchengemeinden haben zudem ergeben, dass sich dabei sogar noch Geld sparen lässt. Diese Gemeinden bezogen ihren Strom zuvor zu einem relativ teuren Tarif bei einem konventionellen Stromanbieter und Nachfragen ergaben, dass Ökostrom nicht oder kaum teurer als die zuvor bezogene Energie ist. Doch selbst wenn der Strompreis steigt, können Einsparmaßnahmen beim Verbrauch dies oft auffangen. Ein Anbieterwechsel verleiht zudem der Forderung der Kirchen Nachdruck, die regenerative Stromproduktion auszubauen.

Ökostrom ist jedoch nicht gleich Ökostrom: „Auch große Energiekonzerne bieten umweltbewussten Kunden teilweise Ökostrom-Tarife mit einem Label an. So erzielen sie von diesen Kunden höhere Einnahmen und verhindern ihren Wechsel zu konkurrierenden kleinen Anbietern. Reine Ökostromproduzenten zeichnen sich besonders dadurch aus, dass sie nicht nur Ökostrom erzeugen und anbieten, sondern auch den Wettbewerb auf dem Energiemarkt beleben und weder Atom- noch Kohlekraftwerke betreiben. Der Wechsel zu einem Ökostromanbieter ist daher auch ein Signal für ein Umdenken in der Energiewirtschaft“ (Zukunft einkaufen 2010: 10).

EKiR mit Rahmenverträgen

In der Evangelischen Kirche im Rheinland besteht für interessierte Gemeinden und Einrichtungen die Möglichkeit, sich Rahmenverträgen anzuschließen, die mit den Ökostromanbietern „LichtBlick“ (www.lichtblick.de), „Naturstrom“ (www.naturstrom.de) und „EWS Schönau“ (www.ews-schoenau.de) abgeschlossen wurden.

Ende des Jahres 2009 wurden alle Kirchengemeinden, Verbände und Kirchenkreise über die Vertragsbedingungen und die (damals) aktuellen Bezugspreise informiert. Im Anschreiben des Landeskirchenamtes hieß es dazu: „Sie haben damit die Möglichkeit, aus drei von vier von der Stiftung Warentest (Heft 10/2009) empfohlenen Ökostrom-Produkten auszuwählen. In vielen

Fällen wird es möglich sein, mit dem Wechsel zu einem der drei Anbieter unter Ihren bisher vereinbarten Strompreis zu gelangen, da der Angebotspreis für qualifizierten Ökostrom allgemein zurzeit relativ günstig ist.

Wir werden im zweiten Quartal 2010 eine Datenerhebung in allen Kirchengemeinden, Verbänden und Kirchenkreisen durchführen, um zum Einen Informationen über den Bezug von Ökostrom zu erhalten und zum Anderen bei Bedarf für das Jahr 2012 ein Angebot für einen Gesamtvertrag für die Evangelische Kirche im Rheinland verhandeln zu können.“ (Auskunft dazu erteilt Herr Schaap im Landeskirchenamt: hartmut.schaap@ekir-lka.de).

Fahrzeuge

Kirchliche Stellen einschließlich Organisationen wie der Caritas und den Johannitern beschaffen jährlich etwa 120.000 Fahrzeuge. Der gezielte Einkauf energiesparender Modelle kann großen Einfluss auf die Klimabilanz der Kirchen haben und Druck auf die Hersteller ausüben, sparsamere Modelle anzubieten (BUND / Brot für die Welt / EED 2009: 386). Zwar sind sparsamere Autos in der Regel etwas teurer, in Anbetracht der derzeitigen Preise für Kraftstoff lohnt sich die höhere Investition jedoch sehr schnell – sowohl für das Klima als auch für den eigenen Haushalt. Die Berliner Energieagentur hat bei einer Kilometerleistung von 20.000 km im Jahr errechnet, dass die Kraftstoffkosten eines Opel Astra

- mit Otto-Motor und betankt mit Benzin (6,9 l je 100 km) jährlich bei 1.904 Euro liegen,
- mit Diesel-Motor (5,1 l) bei 1.347 Euro liegen,
mit einem erdgasbetriebenen Otto-Motor (4,3 kg) bei 645 Euro liegen (Berliner Energieagentur GmbH 2009: 26).

Eine Reihe von Unternehmen hat für die eigene Beschaffung Vorgaben gemacht. Die Telekom beispielsweise hat sich vorgenommen, den CO₂-Ausstoß ihrer 38.500 Dienstwagen bis zum Jahr 2015 auf 110 Gramm senken, 40 % unter dem derzeitigen Stand. Siemens will im gleichen Zeitraum von 180 auf 120 Gramm senken. Zudem zahlt der Konzern leitenden Angestellten eine „Mobilitätszulage“ in Höhe von 650 Euro, wenn sie auf einen Firmenwagen verzichten und den öffentlichen Nahverkehr nutzen (Fasse 2010).

Wie wichtig der Kauf sparsamer Wagen ist, zeigt der Blick auf die CO₂-Bilanz eines PKWs. Rund 81 % des CO₂-Ausstosses fallen beim Fahren an, 3 % bei der Produktion von Ersatzteilen und 16 % bei der Produktion (WWF-UK 2008: 13). Bemühungen der Automobilindustrie, den CO₂-Ausstoß in ihrer Produktionskette zu senken, sind dringend notwendig und sollten vorangetrieben werden. Doch die Zahlen zeigen, dass dies unbedingt durch den Bau sparsamer Wagen flankiert werden muss.

Klimaschutz und Abgaben in der EKIR und der EKD

Den Grundsatz ergänzend, klimaschädigende Emissionen zu vermeiden, gibt es eine Reihe von Ansätzen, unvermeidbar anfallende Emissionen durch eine Beteiligung an kirchlichen Projekten in Entwicklungsländern zu kompensieren.

Im Blick auf eine nachhaltig zu verbessernde Klimabilanz hat die Landessynode 2009 die Kirchenleitung gebeten, auf allen Ebenen der Evangelischen Kirche im Rheinland, inklusive deren Werken und Einrichtungen, darauf hinzuweisen, dass diese bis 2015 eine Reduktion ihrer CO₂ Emissionen um 25 % (verglichen mit dem Stand des Jahres 2005) vornehmen sollen. Bei den Dienstwagen des Landeskirchenamtes wird darauf geachtet, dass der CO₂-Ausstoß unter 134 mg/km liegt. Außerdem wird zum Ausgleich der durch dienstliche Flugreisen verursachten Klimaschädigung eine Klimaschutzabgabe einem kirchlichen Entwicklungsprojekt zugeführt.

Die tatsächlich zu zahlende Klimaschutzabgabe wird 2010 entsprechend der durchgeführten dienstlichen Flugreisen berechnet und zur Förderung eines geprüften und nach dem sogenannten Gold Standard zertifizierten Projektes „Wasserkraft Philippinen“ eingesetzt. Dieses Projekt wird von der Vereinigten Evangelischen Mission und der Leipziger Mission gefördert und begleitet. Es beinhaltet die Installierung von Kleinst-Wasserkraftwerken, durch die Strom erzeugt werden kann, der die bisherige Nutzung von Kerosinlampen und Dieselgeneratoren überflüssig macht und damit auch zum Gesundheitsschutz beiträgt. Die Anlagen können durch die Dorfbewohner gehandhabt und instand gehalten werden. Ziel ist ihre möglichst flächendeckende Verbreitung und damit auch die Etablierung eines eigenen Marktes für Wasserkraftanlagen.

In einigen Landeskirchen sowie auf der Ebene der EKD wird ähnlich verfahren. Die Synode der EKD hat seit 2007 die bei ihren Tagungen durch An- und Abreise sowie durch den Tagungsbetrieb unvermeidbar anfallenden Emissionen durch eine Beteiligung an kirchlichen Projekten kompensiert.

Unter Mitwirkung von Dr. Hans Diefenbacher (FEST- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.) und anderen wird derzeit an einer breiteren Umsetzung dieses Kompensationsmodells gearbeitet. Es soll ein Fonds eingerichtet werden, über den die Kompensation unvermeidbarer CO₂-Emissionen auch für andere kirchliche Einrichtungen und Institutionen angeboten wird. Dadurch können auch kleinere Beträge zur Kompensation von Tagungen oder Dienstreisen gesammelt und dann für größere kirchliche Projekte verwendet werden. Die Verwaltung des Fonds wird aktiv an kirchliche Einrichtungen und Institutionen herantreten, um für dieses Projekt zu werben.

Nahrungsmittel

Durch die Auswahl von Nahrungsmitteln lässt sich ebenfalls der CO₂-Verbrauch beeinflussen. Die Bedeutung dieses Bereichs darf nicht unterschätzt werden: Insgesamt verursacht unsere Ernährung rund 20 % der Emissionen von Treibhausgasen. Die Hälfte davon entsteht direkt in der Landwirtschaft und dabei vor allem bei der Fleischproduktion. Die andere Hälfte stammt aus der weiteren Handelskette, darunter Transport, Lagerung, Verarbeitung und Verpackung der Lebensmittel (Zukunft einkaufen 2010: 3).

Grundsätzlich benötigen regional erzeugte Produkte, die während der Erntesaison verzehrt werden, deutlich weniger Energie als Produkte mit langen Lagerzeiten oder weiten Transportwegen. Werden diese Produkte zudem ökologisch hergestellt, lässt sich die Klimabilanz weiter verbessern, wie eine Aufstellung von „Zukunft einkaufen“ belegt:

- ökologisch angebaute Tomaten vom Feld verursachen je kg 35 g CO₂,
- konventionelle Ware aus Spanien verursachen 600 g,
- konventionelle Tomaten aus beheizten Treibhäusern verursachen 9.300 g je Kilogramm Tomaten.

Auch zwischen den Produkten existieren große Unterschiede. Fleisch und Milchprodukte haben je kg einen wesentlich höheren CO₂-Verbrauch als pflanzliche Nahrungsmittel (Zukunft einkaufen 2009a: 18 / siehe Tabelle).

Zusammenfassend rät „Zukunft einkaufen“ zu folgenden Regeln:

- „Ökologisch erzeugte Lebensmittel
- Regionale Erzeugnisse – Keine Flugzeug-Transporte
- Saisonales Gemüse und Obst aus dem Freiland
- Frische und geringfügig verarbeitete Lebensmittel statt Tiefkühlware
- Einkäufe zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigen“ (Zukunft einkaufen 2010: 3).

CO₂-Äquivalent je Kilogramm eines Produktes

Nahrungsmittel	konventioneller Anbau	ökologischer Anbau
Geflügel	3.508	3.039
Geflügel, tiefgekühlt	4.538	4.069
Rindfleisch	13.311	11.374
Rindfleisch, tiefgekühlt	14.341	12.402
Schweinefleisch	3.252	3.039
Schweinefleisch, tiefgekühlt	4.382	4.382
Gemüse, frisch	153	130
Gemüse, Konserve	511	479
Gemüse, tiefgekühlt	415	378
Kartoffeln, frisch	199	138
Kartoffeln, getrocknet	3.776	3.354
Pommes frites, tiefgekühlt	5.728	5.568
Brötchen, Weißbrot	661	553
Brot, gemischt	768	653
Feinbackwaren	938	838
Teigwaren	919	770
Butter	23.794	22.089
Joghurt	1.231	1.159
Käse	8.512	7.951
Milch	940	883
Quark, Frischkäse	1.929	1.804
Sahne	7.631	7.106
Eier	1.931	1.542

(Quelle: Zukunft einkaufen 2009a: 18)

Die Umstellung der Beschaffung von Nahrungsmitteln muss nicht zwingend mit höheren Kosten verbunden sein. Ein sparsamerer Umgang mit den Nahrungsmitteln, der gezielte Einkauf von Obst und Gemüse, das gerade in der Region geerntet wird und so preiswert zu erwerben ist, sowie der Reduzierung des Konsums vom Fleisch können die Kostensteigerungen teilweise oder ganz auffangen.

Warum Umweltmanagement im kirchlichen Bereich?

Systematisch die Betriebskosten senken:

Heizenergie:	5 -15% durch organisatorische Maßnahmen
	25 - 60% durch technische Maßnahmen
Elektrische Energie:	10 % des Stromverbrauchs
Wasserverbrauch	ca. 45%
Restabfälle	ca. 50%

(Quelle: www.gruenerhahn.de/media/downloads/Vorstellung_UMS.pdf)

1.2 Ressourcen schonen

Die Debatte über Verbesserungen der Ökobilanz in der Beschaffung darf nicht auf das Thema Energie beschränkt werden, sondern muss auf die Rohstoffproblematik ausgeweitet werden. Die Förderung der Rohstoffe führt zu großen Umweltproblemen. In zahlreichen Staaten führt dies zu

erheblichen Spannungen. Dies gilt nicht nur in Entwicklungsländern: abgesehen von der damit verbundenen Klimadebatte ist beispielsweise der Braunkohletagebau in Deutschland umstritten, da Dörfer umgesiedelt, Kulturlandschaften und Natur zerstört werden. Der sinkende Grundwasserspiegel führt im Umland zu erheblichen Schäden an Bauwerken und in der Natur. Bei der Förderung nahezu aller Metalle gibt es ähnlich weitreichende Probleme. Oftmals treten diese Probleme in Entwicklungsländern auf, in denen die betroffenen Menschen kaum Möglichkeiten haben, ihre Rechte gegen internationale Großkonzerne oder die eigene Regierung durchzusetzen.

Zudem gehen die Vorkommen vieler wichtiger Rohstoffe zur Neige. Dies betrifft unter anderem eine Reihe von Metallen, die einerseits in der Elektronikindustrie, andererseits jedoch dringend für den Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung benötigt werden (ISI / IZT 2009).

Durch den Kauf langlebiger und sparsamer Produkte können die Kirchen somit in verschiedenen Bereichen zur Entlastung der Umwelt beitragen.

Wärme, Fahrzeuge und mehr

Die Vorkommen von Erdöl sind endlich und müssen sparsam verwendet werden. Die Förderung von Erdöl ist oft mit großen ökologischen Problemen verbunden, die wiederum Auswirkungen auf die Lebenssituation der Menschen haben. Die Spanne reicht von den Folgen der Ölverschmutzung vor der Küste der USA im Mai 2010 bis hin zu den seit Jahrzehnten immer wieder blutig ausgetragenen Konflikten im Niger-Delta in Nigeria, die wiederum unter anderem Folge der massiven Zerstörungen des Lebensraums von Millionen Menschen in der Förderregion sind.

Der sparsame Umgang mit Erdöl betrifft nicht nur die Energiegewinnung. Ein großer Teil der Kunststoffe in unseren täglich benutzten Produkten wird ebenso aus Erdöl hergestellt wie rund die Hälfte der weltweit verbrauchten Textilfasern. Ein sparsamer Umgang mit aus Erdöl erzeugter Energie und der Kauf langlebiger Produkte schonen die Umwelt und wertvolle Erdölvorräte. Diese Reduzierung des Verbrauchs ist die Voraussetzung dafür, dass auch zukünftige Generationen den wertvollen Rohstoff nutzen können – und dies vermutlich sinnvoller, als ihn zu verbrennen oder für kurzlebige Konsumprodukte zu verwenden.

Bürogeräte

Um Rohstoffe für die Produkte des täglichen Bedarfs zu gewinnen, werden große Mengen Erde, Steine oder Wasser bewegt. Ein Computer mit Tastatur, Maus, Monitor und Drucker wiegt beispielsweise zwischen 6 und 10 kg. Das Gewicht aller Materialien, die für die Herstellung verwendet wurden, liegt jedoch nach Schätzungen von „Zukunft einkaufen“ bei 600 bis 1.500 kg. Dieser sogenannte „ökologische Rucksack“ beträgt demnach ein Vielfaches des eigenen Gewichts.

Wie dieser „Rucksack“ zustande kommt, zeigt das Beispiel der seit 1967 betriebenen Grasberg-Mine in der indonesischen Provinz West-Papua. Dort werden Kupfererz und Gold gewonnen – Metalle, die sich in den meisten Bürogeräten finden. Die Mine liegt in knapp 4000 Metern Höhe in der Heimat des Volkes der Amungmes, denen das Land ohne Entschädigung abgenommen wurde. Das Gebiet mit einer großen religiösen Bedeutung für die Bevölkerung wurde durch den Tagebau zerstört. Die Erze werden in der Mine verarbeitet und konzentriert. Derzeit liegt die Menge der täglich verarbeiteten Steine und Erden bei über 200.000 Tonnen. Der größte Teil davon bleibt nach der Erstverarbeitung als Abfall zurück und wird in Flüsse gekippt, die ihn den Berg runter in das Tiefland spülen.

Eine solche Entsorgung der Produktionsreste über Flüsse ist in allen Industrienationen verboten. Das gesamte Flusssystem unterhalb der Mine inklusive des Regenwaldes wurde massiv geschädigt. Große Mengen Schwermetalle gelangten in das Wasser und damit auch in die

Schwemmgebiete des Flusses. Für die Anwohner bedeutet dies eine Einschränkung oder sogar das Ende von Fischfang, Jagd und Pflanzenanbau. Selbst das Trinkwasser ist teilweise verseucht. Ein weiteres Problem sind die Steinhalden in den Tälern rund um die Mine, auf denen weiter 360.000 bis 510.000 Tonnen Gestein täglich deponiert werden. Das Gestein enthält Schwefel, der durch Wasser- und Sauerstoffkontakt Schwefelsäure bildet. Diese löst Schwermetalle aus dem Gestein, und die giftige Mischung verseucht Grund- und Oberflächenwasser.

„Für die Menschen hier ist ein Berggipfel der Kopf von Mutter Erde. Und die Flüsse sind Milch aus ihren Brüsten. Als nun die Firma Freeport begann, Berggipfel abzutragen, um Gold und Kupfer zu gewinnen, bedeutete das für das Volk der Amungme, dass ihrer Mutter der Kopf abgeschnitten wurde. Deshalb begannen etliche Amungme, Widerstand zu leisten. Für dieses Volk, das heute den Kopf seiner Mutter vernichtet und deren Brüste durch Chemikalien vergiftet sieht, gibt es kein friedliches Leben mit dem Bergbau.“

Neles Tebay, Priester und Theologieprofessor in Abepura/West-Papua
(Quelle: Deutschlandradio Kultur, 14.10.2009, Interview mit Theodor Müller)

Bei der Installation der Minen wurden Tausende Menschen vertrieben. Gab es Widerstand, rief Freeport das Militär zur Hilfe. Seit Ende der 1970er Jahre kam es verstärkt zu Anschlägen auf Mineneinrichtungen. Es kam immer wieder zu Übergriffen der Sicherheitskräfte, Vergewaltigungen und Zwangsumsiedelungen, bei denen mindestens 200 Menschen, größtenteils Zivilisten, starben und viele andere verschwanden (Hütz-Adams 2010: 11-13).

Wasser

Oft lassen sich mit einfachsten Mitteln große Mengen Wasser einsparen. Der Einbau von Perlatoren, Veränderungen an der Einstellung von Spülkästen etc. führen mit nur geringen Investitionen oft zur Verminderung des Wasserverbrauches um rund 50 %.

Arbeitskleidung, Handtücher und andere Textilien

Rund ein Viertel aller weltweit versprühten Insektizide wird im Baumwollanbau verwendet. Die Gifte gelangen häufig ins Grundwasser und sind für die Vergiftung von jährlich rund drei Mio. Menschen verantwortlich. Jährlich sterben zwischen 20.000 und 40.000 Menschen an einer Vergiftung. Darüber hinaus werden je Kilogramm Baumwolle zwischen 7.000 und 20.000 Liter Wasser benötigt. Für Schlagzeilen sorgte in der Vergangenheit wiederholt der Aralsee, der seit den 1960er Jahren auf einen Bruchteil seiner alten Größe schrumpfte. Ursache dafür war der massive Ausbau der Baumwollproduktion in der Sowjetunion entlang der Flüsse, die den See speisen. Doch auch in anderen Anbauregionen gibt es große Probleme durch den hohen Wasserverbrauch.

Wasser- und Flächenverbrauch der Baumwollfelder stehen teilweise in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, angesichts von mehr als einer Milliarde unterernährter Menschen ein weiterer Aspekt, der zu einem sparsamen Umgang mit Baumwolle rät.

Auch die Verarbeitung der Baumwolle sowie anderer Naturfasern zu Garn und Stoffen führt zu großen Umweltbelastungen. Gleiches gilt für die Produktion von Chemiefasern. Beim Verarbeiten der Fasern und Färbung werden weltweit rund 7000 Chemikalien benutzt, die teilweise sehr umweltschädlich sind (Kloos 2010: 9-10 / Kunze 2010).

Möbel und Papier

Möbel aus Holz und Holzfasern tragen weltweit zur Abholzung der Wälder bei. Pro Minute werden rund 26 Hektar Wald vernichtet, pro Jahr 15 Mio. Hektar (FSC 2009: 6). Einige Holzsorten sind schon kaum noch erhältlich, da die Regionen, aus denen sie stammen, vollständig abgeholzt wurden. Tiere und Pflanzen sind weltweit durch die Abholzung sowie in einigen Regionen durch das Anpflanzen von schnell wachsenden Baumarten in Monokulturen zur Holzproduktion vom Aussterben bedroht. Vor allem die Zerstörung der Regenwälder hat einen großen Einfluss auf das Weltklima.

Dabei gibt es weltweit Ansätze, Wälder nachhaltig zu nutzen. Kontrolliert eingeschlagenes Holz ist am Siegel des Forest Stewardship Council (FSC) zu erkennen und in vielen Bereichen verfügbar.

Bei der Beschaffung von Papier kann durch den Kauf von Papier aus Recyclingmaterial sogar noch über den FSC-Standard hinausgegangen werden: Für Recyclingpapier muss kein Baum gefällt werden. Die lieferbaren Papierqualitäten sind mittlerweile so gut, dass die alten Probleme mit Papierstaub, Staub etc. nicht mehr existieren.

Nahrungsmittel

Die teilweise industriell betriebene Landwirtschaft hat in vielen Bereichen sehr negative Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Die Übernutzung der Böden und Erosion durch zu intensive Bewirtschaftung haben zum Verlust großer Flächen geführt. Zudem werden in vielen Regionen große Mengen Dünger und Spritzmittel benötigt, um die Erträge beizubehalten. Ebenfalls nicht nachhaltig ist vielerorts der Wasserverbrauch.

Wenn beispielsweise bereits im Spätwinter „Frühkartoffeln“ auf den deutschen Markt kommen, kann es sein, dass diese aus bewässerten Kulturen in Ägypten kommen. Angesichts der Wasserknappheit in Ägypten und der damit verbundenen sozialen Konflikte sollte sehr genau geprüft werden, mit welchen Nebenwirkungen der Konsum verbunden ist. Doch auch in Deutschland führen Monokulturen zu erheblichen Problemen, wie erneut das Beispiel der Kartoffeln belegt. Wenn mehrere Jahre hintereinander hohe Ernteerträge auf einem Feld erzielt werden sollen, benötigen die Bauern große Mengen Dünger und müssen rund ein Dutzend Mal gegen verschiedenste Schädlinge und Krankheiten spritzen.

Der bewusstere Umgang mit unserem Nahrungsmittelverbrauch könnte auch dazu beitragen, die Zahl der Hungernden weltweit zu verringern: Es gibt nicht zu wenige Nahrungsmittel, sondern diese werden falsch verteilt (Details dazu siehe bei der von „Brot für die Welt“ getragenen Kampagne „niemand isst für sich allein. Die Kampagne zur Ernährungssicherheit“, www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung).

Der Kauf ökologisch hergestellter Lebensmittel schont somit die Umwelt. Darüber hinaus kann bei aus Entwicklungsländern importierten Nahrungsmitteln (Orangensaft, Kaffee, Kakao) verhindert werden, dass dort durch Monokulturen Natur und Menschen geschädigt werden.

Putz- und Haushaltreiniger

Mit umweltschonenden Putz- und Reinigungsmitteln kann die gleiche Sauberkeit erreicht werden wie mit herkömmlichen Mitteln. Bei der Auswahl der Mittel sollte darauf geachtet werden, dass die Inhaltsstoffe der Reinigungsmittel eine möglichst geringe Belastung der Umwelt verursachen. Umweltschonende Produkte sind beispielsweise am „Blauen Engel“ zu erkennen.

Entsorgung

Eine fachgerechte Entsorgung inklusive der Mülltrennung erleichtert das Recycling von Produkten und kann zur deutlichen Entlastung der Umwelt beitragen. Viele Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen praktizieren bereits die Trennung von Müll. Doch es gibt noch Einrichtungen, wo der gesamte Müll derzeit noch ohne Trennung in einem großen Container landet. Um die Entsorgungsgewohnheiten umzustellen, müssen die getrennte Sammlung der Abfälle organisiert und alle Mitarbeitenden zur Mitarbeit gewonnen werden. Insbesondere bei größeren Einrichtungen kann dies zu erheblichen Einsparungen bei den Entsorgungskosten führen, da die Abfallentsorgung von Containern mit gemischtem Müll wesentlich teurer ist, als die Abholung getrennt gesammelter Müllsorten.

1.3 Sozialstandards einfordern

„Selbstverpflichtung des Kirchenkreises Jülich

In der Resolution des Kirchenkreises Jülich zum Thema Globalisierung vom 19.11.2005 ist die Synode in Punkt 13 eine Selbstverpflichtung eingegangen. In ihr heißt es: „Deshalb verpflichten wir uns, in Zusammenarbeit mit den Kirchen weltweit für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit zu arbeiten, sowohl im globalen Kontext als auch in unserem regionalen und lokalen Umfeld. (...)

Im Alten wie auch im Neuen Testament bildet Gerechtigkeit den roten Faden für das Zusammenleben der Menschen. Immer häufiger aber müssen wir erleben, dass Menschen, nicht nur in den Ländern der Dritten Welt, in Arbeitsverhältnissen stehen, die unserer evangelischen Sozialethik widersprechen. (...) Wir als Gemeinden haben eine große soziale und ökologische Verantwortung bei der Beschaffung von ‚Gütern des täglichen Bedarfs‘ und bei der Wahrnehmung von Dienstleistungen.

Kirchengemeinden können somit Vorbilder für Privatleute und Betriebe im regionalen Kontext sein. Etliche Kommunen haben dies für sich schon entdeckt und sind Selbstverpflichtungen eingegangen. Wir als Kirche sollten da nicht hinterher hinken. Positiv überrascht waren wir auch, dass es durchaus Auftragnehmer gibt, die von unserer Absicht gehört haben und diesen Schritt begrüßen, weil damit seriöse Anbieter bessere Chancen hätten.“

(Quelle: Kirchenkreis Jülich, www.oekofaire-beschaffung.de/seiten/selbstverpflichtung.html)

In den vergangenen Jahren haben immer wieder Skandale die Öffentlichkeit bewegt, bei denen es um die Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Produkten ging, die auch auf dem Einkaufszettel kirchlicher Einrichtungen stehen. Viele dieser Skandale konnten nur aufgedeckt werden, da unter anderem Recherchen von kirchlichen Stellen finanziert wurden, Partner in Entwicklungs- und Schwellenländern bei ihrer Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen unterstützt und Kampagnen initiiert wurden. Das Wissen über die globalisierten Produktionsketten ist deutlich gestiegen und damit auch die Möglichkeit, über die eigene Beschaffung ein Zeichen zu setzen.

Die Forderungen nach Verbesserungen in der Produktionskette beziehen sich meist auf international verbindliche Normen, die die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) festgelegt hat. Die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, in der Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungsvertreter aus 183 Staaten gemeinsam Standards für die internationalen Arbeitsbeziehungen festlegen. Die ILO hat sogenannte „Kernarbeitsnormen“ beschlossen, die einen weltweiten Mindeststandard darstellen. Diese umfassen die:

- Abschaffung der Zwangsarbeit und Arbeit in Schuldknechtschaft,
- Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen,
- gleiche Entlohnung für Männer und Frauen,
- Nicht-Diskriminierung am Arbeitsplatz,
- ein Mindestalter der Zulassung zur Beschäftigung sowie ein Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit.

Diese Kernarbeitsnormen sind völkerrechtlich verbindlich. Das gilt auch für Staaten, die nicht alle Konventionen unterschrieben haben. Darüber hinaus fordern Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen die Einhaltung weiterer ILO-Standards, darunter:

- existenzsichernde Löhne,
- eine wöchentliche Arbeitszeitbegrenzung von 48 Stunden und max. 12 freiwillige Überstunden sowie
- Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Die Schaffung von stabilen, sozialversicherten und vertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnissen ist zwar keine verpflichtende Konvention der ILO, sondern lediglich eine Empfehlung. Doch die Umsetzung dieser Empfehlung ist essentiell zur Verbesserung der Lebenssituation vielen Menschen weltweit.

Lediglich Mindeststandards

Bei den Vorgaben der ILO handelt es sich keineswegs um weit gehende Bestimmungen, sondern um Mindeststandards. Der Ausschluss von Kinderarbeit, der häufig in der Debatte über die Beschaffung im Mittelpunkt steht, belegt dies.

Das 1973 verabschiedete „Übereinkommen 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung“ gilt sowohl für bezahlte als auch für unbezahlte Kinderarbeit. Alle Mitgliedsstaaten der ILO sind aufgefordert, das Übereinkommen zu unterzeichnen und in nationale Gesetze umzusetzen. Leitgedanke bei der Festlegung des erlaubten Arbeitsalters ist die Überzeugung, dass Kinder bis zum 14. Lebensjahr eine Schule besuchen sollen.

Das Übereinkommen 138

- verbietet generell die Beschäftigung von Kindern, die jünger als 13 Jahre sind. Entwicklungsländer können Ausnahmeregelungen erlassen und die Arbeit nur für Kinder verbieten, die jünger als 12 Jahre sind;
- erlaubt unter bestimmten Bedingungen leichte Arbeit für 13- bis 15-Jährige. In Entwicklungsländern kann dies schon für 12-Jährige gelten. Als »leicht« gilt eine Arbeit, wenn diese einen geregelten Schulbesuch nicht behindert und weder für die Gesundheit noch die Entwicklung schädlich ist;
- verlangt als Mindestalter für eine Vollzeitbeschäftigung 15 Jahre, wobei Entwicklungsländer auch 14 Jahre als Mindestalter gesetzlich festsetzen können;
- verbietet auch für 15- bis 18-Jährige alle Arbeiten, die für die Gesundheit, Sicherheit oder Moral der Jugendlichen gefährlich sein könnten.

Es gibt Kernbereiche, in denen keine Ausnahmen vom Verbot der Kinderarbeit erlaubt sind. Dies gilt beispielsweise für Beschäftigungen, die den Umgang mit gefährlichen Stoffen erfordern, sowie für Sektoren wie den Rohstoffabbau, die verarbeitende Industrie, das Baugewerbe, Plantagen und den Umgang mit Elektrizität.

Bis Mai 2010 unterzeichneten 155 von 183 ILO-Mitgliedsstaaten das Übereinkommen.

Aufgrund der zögerlichen Mitarbeit der ILO-Staaten wurde 1999 als Ergänzung des Übereinkommens 138 das „Übereinkommen 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ entworfen. Das Übereinkommen 182 fordert ein sofortiges Ende von

- Sklaverei, Sklaverei ähnlicher Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung von Kindern als Soldaten;
- Kinderprostitution und Produktion von Kinderpornographie;
- dem Einsatz von Kindern in illegalen Bereichen (z. B. Drogenhandel);
- Arbeit, die der Gesundheit, Sicherheit oder Moral schadet.

Bis Mai 2010 unterzeichneten 171 von 183 ILO-Staaten dieses Regelwerk.

Umfassende Ansätze erforderlich

Das Beispiel Kinderarbeit zeigt, wie komplex die Zusammenhänge sind. In vielen Bereichen würde ein alleiniges Verbot der Kinderarbeit in der Beschaffungskette nicht ausreichen. Wenn beispielsweise alle Kinder aus den Steinbrüchen Indiens verbannt würden, ohne dass ihre ebenfalls in den Steinbrüchen arbeitenden Eltern ein höhere Gehalt bekommen, droht eine Verlagerung des Problems: Da die Familien von Löhnen in den Steinbrüchen oft ihre Familien nicht ernähren können, liegt es nahe, die Kinder in anderen Bereichen arbeiten zu lassen, die nicht überwacht werden. Daher muss die Reduzierung der Kinderarbeit in Zusammenhang mit den anderen ILO-Kernarbeitsnormen gesehen werden. Dabei steht im Mittelpunkt, dass Erwachsene mit ihrer Arbeit die Familie ernähren können.

EKiR reagiert

In der Evangelischen Kirche im Rheinland wurden „Sozialethische Standards bei Auftragsvergabe – Menschenrechte als Leitlinie für sozialethische Standards bei Auftragsvergabe“ entwickelt, zu deren Beachtung sich Auftragnehmer kirchlicher Aufträge verpflichten sollen. Auf diese Weise sollen alle Körperschaften der EKIR als Nachfrager von Leistungen öffentlichkeitswirksam einen Beitrag dazu leisten, dass sozialen Rechten im Sinne einer landessynodalen Beschlussfassung verbindlich Geltung verschafft wird. An entsprechenden Leitlinien für den Bereich des Beschaffungswesens unter Einschluss der Beachtung von Sozial- und Tarifstandards wird gearbeitet.

Da die derzeitigen Bestimmungen des kirchlichen Haushalts- und Vergaberechtes (nur) die Kriterien „Sparsamkeit“ und „Wirtschaftlichkeit“ vorsehen, besteht allerdings aus Rechtsgründen zurzeit kein Raum für die Berücksichtigung von Sozial-/Tarifstandards. Daher wird eine Ergänzung des Rechtsrahmens um das Kriterium der Einhaltung von Sozial- und Tarifstandards mit entsprechenden Änderungen in den Verwaltungsordnungen der EKIR und ihrer nachgeordneten Bestimmungen angestrebt.

Kosten

Bei der Debatte über die möglichen Mehrkosten einer sozialverträglichen Beschaffung muss bedacht werden, dass viele der heute billig eingekauften Produkte unter menschenunwürdigen und häufig illegalen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Dies wird durch zahlreiche Studien über die Produktion von Kleidung, Elektroartikeln oder Nahrungsmitteln in Entwicklungs- und Schwellenländern belegt. Das gilt für 90-Stundenwochen bei Bekleidungsherstellern in Bangladesch oder bei Elektronikherstellern in China ebenso wie für schwerste Formen der Kinderarbeit auf den Kakaoplantagen der Elfenbeinküste.

Eine Verbesserung dieser Zustände würde die meisten Produkte nicht wesentlich teurer machen: Der Anteil der Arbeitskosten ist oft nur verschwindend gering und liegt im unteren einstelligen Prozentbereich des Preises der Produkte auf der deutschen Ladentheke.

Die Unternehmen sind häufig nicht bereit, den genauen Anteil der Lohnkosten in der Produktion bekannt zu geben. Für einzelne Bereiche gibt es jedoch Hochrechnungen.

Bei einem Turnschuh beispielsweise, der in Deutschland für 100 Euro verkauft wird, liegt der Lohnkostenanteil in der Produktion – also ohne Ausgaben für Design, Werbung, Vertrieb – bei unter einem Euro.

Selbst beim oft zitierten „teurem“ fairen Kaffee sind die Unterschiede auf die Tasse hochgerechnet letztendlich marginal. Ein Test der Stadtverwaltung in Neuss ergab, dass Fairtrade-Kaffee ergiebiger ist und man pro Pfund ca. 80 Tassen statt 70 Tassen bei herkömmlichen Kaffee aufbrühen kann. Der ausgewählte Fairtrade-Kaffee kostete zu Zeitpunkt des Tests 6,08 Euro je Pfund und damit je Tasse 7,8 Cent. Verglichen mit dem damals preiswertesten Angebot (3,49 Euro je Pfund, 5 Cent je Tasse) war dies ein Aufpreis von knapp 3 Cent. Allerdings muss der qualitativ hochwertige fair gehandelte Kaffee eigentlich mit einem ähnlich guten Produkt verglichen werden – und dann schrumpft der Abstand deutlich (Vogt-Sädler 2010).

Der Münchner Bürgermeister Christian Ude, dessen Stadtverwaltung seit 2002 soziale Kriterien bei der Beschaffung berücksichtigt, sagte dazu in einem Interview:

„Wir haben insgesamt keine Erhöhung der Einkaufskosten für die betroffenen Produkte festgestellt und auch der personelle Mehraufwand beim Vergabeverfahren hält sich in einem begrenzten Rahmen. Doch ganz unabhängig von diesen konkreten Erfahrungen möchte ich davor warnen, bei solch eklatanten Rechtsverstößen wie ausbeuterischer Kinderarbeit Effizienzabwägungen zu treffen. Denn es kann nicht angehen, dass deutschen Kommunen aus wirtschaftlichen Gründen die Missachtung von internationalem Recht und die Gefährdung von Kinderleben billigend in Kauf nehmen“

(Quelle: Welt & Arbeit 1/2006).

Das Beispiel Kaffee zeigt zudem, wie sich der Markt durch die Nachfrage verändert hat: Viele Menschen haben vor 15 oder 20 Jahren Kaffee mit Fairtrade-Siegel gekauft und sind seitdem die Ansicht, dass dieser nicht schmeckt. Dies war damals tatsächlich manchmal der Fall. Doch inzwischen sind in Deutschland mehr als 100 Sorten mit dem Fairtrade-Siegel erhältlich. Darunter sind spezielle Röstungen für die verschiedenen Typen von Kaffeemaschinen. Wer umstellt, sollte daher erst die passende Sorte wählen!

Bürogeräte

Die sozialen Folgen der Herstellung eines Computers lassen sich nicht so gut bemessen wie der bereits beschriebene „ökologische Rucksack“. Doch die Probleme sind vielfältig. Möglich ist, dass die in den Schaltplatinen verarbeiteten Metalle wie beispielsweise Tantal, Kupfer, Gold oder Zinn aus Kriegsgebieten wie der Demokratischen Republik Kongo stammen. Die Finanzierung des Krieges im Ostkongo insbesondere durch das Metall Tantal, das in fast jedem Laptop und Mobiltelefon zu finden ist, sorgte zwischen 1998 und 2000 wiederholt für Schlagzeilen.

In den letzten Jahren spielte nach Angaben der Vereinten Nationen bei der Kriegsfinanzierung Gold und Zinn, die in vielen Bürogeräten verarbeitet werden, eine größere Rolle als Tantal (UNSC 2009). Doch im Ostkongo geht es nicht nur um die Finanzierung von Kriegen. Die Arbeitsbedingungen in den Minen sind verheerend schlecht, immer wieder sterben Menschen

bei Unfällen in ungesicherten Gruben und Stollen. Überall arbeiten Kinder und einigen Rebellen Gruppen wird vorgeworfen, Zwangsarbeiter zu beschäftigen (Pendergast/Lezhnev 2009; Global Witness 2009).

Auch in vielen anderen Entwicklungsländern werden die Rohstoffe für Bürogeräte oft ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Beschäftigten gefördert und weiterverarbeitet. Die Probleme setzen sich in den Fabriken Asiens, wo die Computer hergestellt werden, fort.

Eine Reihe von Studien aus den Jahren 2007 und 2008 belegt die großen Missstände in der Branche. In Stoßzeiten mussten beispielsweise in China Beschäftigte 370 Stunden pro Monat arbeiten, was laut chinesischem Arbeitsgesetz verboten ist. In einigen Unternehmen wurden Überstunden erzwungen und keine Überstundenzuschläge bezahlt. Es kam zu zahlreichen weiteren Arbeitsrechtsverletzungen. „Da die jungen, meist weiblichen Beschäftigten zu extremen Überstunden verpflichtet wurden, waren sie manchmal so erschöpft, dass sie während der Arbeitszeit einschliefen. Eine 19-jährige Arbeiterin kommentierte den eintönigen, endlosen Fabrikalltag mit den Worten: ‚Ich arbeite wie eine Maschine und mein Gehirn rostet.‘ Andere Studien über die Arbeitsbedingungen in der IT-Industrie in Asien und Mexiko kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Vergiftungen durch die eingesetzten Chemikalien, die Behinderung gewerkschaftlicher Organisierung sowie ein hoher Anteil von Leiharbeit sind weltweit charakteristisch für die Branche. Es ist gegenwärtig davon auszugehen, dass sowohl in der Komponentenproduktion als auch in der Montage der Computer regelmäßig die Standards der ILO verletzt werden“ (WEED 2009: 11-12).

Ähnliche Probleme gibt es bei der Produktion von Mobiltelefonen (SOMO/SwedWatch 2009).

Zugleich gibt es Ansätze, wie die Situation verbessert werden kann und einen Leitfaden für den sozialverträglichen Einkauf (WEED 2009). Erste Unternehmen reagieren auf die Forderungen der Beschaffer vieler Kommunen sowie Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen und verbessern ihre Beschaffungskette. Druck entstand vor allem in der Schweiz, wo viele Städte bereits Nachweise über die Produktionsbedingungen der von ihnen gekauften Computer einfordern. Mit Stuttgart und Bremen wurden auch deutsche Kommunen aktiv. Bremen verlangt: „Die ILO-Kernarbeitsnormen sowie einschlägige Richtlinien und Normen zur Arbeitssicherheit sind hinsichtlich der anzubietenden Geräte und Dienstleistungen einzuhalten“ (Details siehe unter www.pcglobal.org).

Kirchliche Einrichtungen sollten dies unterstützen, indem sie von ihren Lieferanten Auskunft über die Arbeitsbedingungen in der Produktionskette verlangen.

Nahrungsmittel

Landwirte sowie Beschäftigte auf Bauernhöfen und Plantagen arbeiten in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern oft unter äußerst schlechten Bedingungen. Derzeit wird in den Medien vor allem über Kakao diskutiert. Im Mittelpunkt stehen dabei Berichte über Kinderarbeit in den westafrikanischen Produktionsländern, von wo 70 % des Kakao stammt. Doch dies ist nur ein Symptom der bestehenden Probleme: Stark schwankende und meist sehr niedrige Preise üben Druck auf die Kakaoanbauer aus, der zur Kinderarbeit führt. Wirklich helfen wird den Bauern auf Dauer nur, wenn sie höhere, langfristig stabile Preise für ihre Ware erhalten. Einige der Kakaoverarbeiter und der Schokoladenhersteller wollen fairere Handelswege aufbauen, gehen jedoch nur sehr zögerlich vor. Eine vom Bistum Aachen sowie den Evangelischen Kirchenkreisen Jülich und Aachen initiierte Kampagne hat jedoch Bewegung in die Debatte gebracht (www.schokoladenaktion-aachen.de).

Bei Produkten wie Kakao, Kaffee und Orangensaft bietet bislang nur der Faire Handel die Garantie, dass der Produktpreis den Produzenten ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Die

Forderung nach fairen Arbeits- und Produktionsbedingungen erhält umso mehr Geltung, je mehr Käufer Auskunft über die Produkte verlangen.

Kirchen tun dies häufig bereits, doch dieses Engagement kann noch deutlich ausgeweitet werden. Daran arbeitet die Kampagne www.kirchen-trinken-fair.de, die vom Evangelischen Entwicklungsdienst und Brot für die Welt getragen wird. Um den Bezug von fair gehandelten Produkten zu erleichtern, wurde ein Rahmenvertrag zwischen der Wirtschaftsgesellschaft der Kirchen in Deutschland (WGKD) und der Fairhandelsgesellschaft GEPA geschlossen. Kirchliche und diakonische Großverbraucher erhalten nun beim Kauf fairer Produkte Sonderkonditionen (Details zu diesem System der Rahmenverträge siehe Seite 25).

Arbeitskleidung, Handtücher und andere Textilien

Der größte Teil der arbeitsintensiven Produktion von Bekleidung findet heute in den Ländern des Südens und Osteuropas statt. Seit den 1970er Jahren sind Millionen Arbeitsplätze in den Industrieländern abgebaut und in Entwicklungs- und Transformationsländer verlagert worden – meist in Freie Exportzonen und Nähstuben in der Schattenwirtschaft, in denen Arbeitsgesetze und Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) häufig außer Kraft gesetzt werden. In den meisten Industrieländern wie z.B. Deutschland sind nur noch Restbestände der Bekleidungsproduktion – vor allem im Bereich von Design und Marketing – verblieben.

Auch als Folge der Verkürzung globaler Lieferketten von multinationalen Unternehmen und des Kostendrucks auf Lieferanten hat sich die Situation der Beschäftigten in vielen Bereichen in den letzten Jahren noch verschärft. Die sozial ungeschützte Arbeit nimmt zu, Reallöhne sinken und die Repression gegen die gewerkschaftliche Organisierung steigt.

Wesentliches Kennzeichen der schlechten Arbeitsbedingungen sind überlange Arbeitszeiten, die faktisch erpresst werden, da die Stundenlöhne bei einer 40-Stundenwoche kein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen. Hinzu kommen insbesondere schlechte arbeitshygienische Verhältnisse, die Diskriminierung von Frauen und die Unterdrückung gewerkschaftlicher Betätigung.

Recherchen zum Arbeitsalltag von Beschäftigten bei Aldi-Textilzulieferern in China belegten große Missstände: „Chinesische Arbeitgeber haben zahlreiche Motive, das Leben von ArbeiterInnen in den fabrikeigenen Schlafsälen einzuschränken. Die zwei wichtigsten Motive beziehen sich auf die gewerkschaftliche Organisation und Schwangerschaften. Die Arbeitgeber halten Außenstehende möglichst davon ab, die Schlafsäle zu betreten, damit die ArbeiterInnen keine Möglichkeit haben, sich mit KollegInnen aus benachbarten Fabriken oder anderen Personen über ihre Arbeitsbedingungen auszutauschen. Manager achten genau auf Anzeichen dafür, ob ArbeiterInnen Proteste organisieren wollen und suchen dies zu verhindern, indem sie sie in den Schlafsälen halten. Aufseher nutzen ihre Kenntnisse des Privatlebens von ArbeiterInnen, um „AgitatorInnen“ zu identifizieren und zu entfernen, die ihre KollegInnen motivieren, für ihre Rechte zu kämpfen. Deshalb äußerten chinesische ArbeiterInnen häufig die Sorge, ihre Arbeit zu verlieren. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz bitten sie ihre Arbeitgeber oft nicht darum, zum Beispiel die Löhne auf das Niveau des Mindestlohns anzuheben“ (Wick 2007: 43).

Während etwa in den Niederlanden bereits verschiedenste Unternehmen Arbeitskleidung aus kontrollierten Lieferketten anbieten, ist dies in Deutschland erst im Aufbau. Kirchliche Werke, die beispielsweise Krankenhäuser betreiben, können hier Druck auf die Hersteller aufbauen und ähnliche Bestrebungen von Kommunen verstärken.

Spielzeug

Rund 80 % des in Deutschland verkauften Spielzeugs kommt aus Asien. Von diesen Importen wiederum stammen rund 70 % aus China. Die von kirchlichen Organisationen mitgetragene

Kampagne „fair spielt“ beobachtet die Produktionsbedingungen vor allem in China: „Schwerwiegende Verstöße gegen nationale Arbeitsgesetze und international vereinbarte Sozialstandards sind in arbeitsintensiven Industrien verbreitet und werden seit Jahren immer wieder in Berichten von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen dokumentiert.“ Einige Unternehmen der Spielzeugbranche arbeiten an Verbesserungen. Doch bislang sind die Ansätze der Industrie nicht sehr weitgehend. Daher hat „fair spielt“ auf der Website www.fair-spielt.de Informationen über das Verhalten von Unternehmen aus der Spielzeugbranche zusammengetragen und Anfang 2010 ein Faltblatt mit Ratschlägen für den Einkauf veröffentlicht ("Spielzeug verantwortlich einkaufen / fair beschaffen. Eine Handreichung für Eltern & Verwandte, Kita-Teams & Träger"). Dort finden sich viele Tipps, was Kindergärten bei ihrem Einkauf beachten sollten.

Natursteine

Bei Baumaßnahmen und auf Friedhöfen verwendete Natursteine werden zu einem großen Teil aus Asien importiert. Sehr gesundheitsschädlicher Staub, mangelhafter Arbeitsschutz und Löhne, die kein menschenwürdiges Leben ermöglichen, bestimmen den Alltag vieler Beschäftigter in den Steinbrüchen.

Große Missstände gibt es in Indien sowie weniger weitgehend in China und anderen zu Großlieferanten aufgestiegenen Entwicklungsländern. Sicherlich gibt es dort gut geführte, moderne Betriebe mit hohen Standards. Doch viele der hiesigen Importeure räumen ein, dass bei einem erheblichen Teil der Lieferanten die Sicherheits- und Umweltstandards weit unter denen in Deutschland liegen. Ihnen ist auch bekannt, dass die Löhne in einigen Zuliefererbetrieben nicht ausreichen, um das Existenzminimum der Menschen zu sichern.

Die große Zahl der an Quarzstaublunge (Silikose) erkrankten Beschäftigten ist ein eindeutiger Beleg für die bestehenden Probleme. Wenn beispielsweise Reihenuntersuchungen bei Beschäftigten in der indischen Sandsteinindustrie nachweisen, dass ein erheblicher Teil von ihnen bereits mit 40 Jahren eine massiv geschädigte Lunge hat und das erreichte Durchschnittsalter bei 46 Jahren liegt, existiert ein Missstand, der für den qualvollen Tod von Menschen verantwortlich ist (Hütz-Adams 2008).

Immer mehr Kommunen verlangen nachprüfbar Zertifizierungen von Natursteinen. Baumärkte gehen in die gleiche Richtung. Darüber hinaus verlangen mehr und mehr Händler, Steinmetze, Gartenbauunternehmen etc. glaubwürdige Aussagen über die Produktionsbedingungen der von ihnen bezogenen Natursteine. Die bisher aufgebauten Siegelsysteme decken erst einen kleinen Teil des Marktes ab. Der Druck von Kommunen sowie zunehmend auch von Baumarktketten könnte allerdings dafür sorgen, dass die Verfügbarkeit zertifizierter Steine schnell steigt.

Kirchen werden aktiv

Kirchliche Beschaffer können mit der Forderung nach sozialverträglich hergestellten Steinen Druck auf die Importeure ausüben. Dies gilt für alle eingekauften Natursteine.

Eine besondere Brisanz hat die Debatte über Grabsteine, die zu einem erheblichen Teil aus Indien stammen. In diesem Zusammenhang wird derzeit in der Evangelischen Kirche im Rheinland überprüft, ob es rechtlich unbedenklich und zulässig ist, in den kirchlichen Friedhofsordnungen Regelungen zu verankern, die die Verwendung von Natursteinen aus Kinderarbeit verbieten. Gegebenenfalls soll die Aufnahme entsprechender Regelungen in die Friedhofsordnungen empfohlen werden. Dieses kann und soll die Kirchengemeinden unterstützen, die bereits jetzt sozialverträglich durch Selbstverpflichtungen und andere Übereinkünfte mit dem natursteinverarbeitenden Gewerbe verfahren.

Parallel zur juristischen und politischen Klärung sollen Verbraucher verstärkt über die Problematik informiert werden.

Haushaltsgeräte und Fahrzeuge

Trotz der großen Bedeutung der Herstellung von Haushaltsgeräten und Fahrzeugen für den weltweiten Ressourcenverbrauch und Arbeitsmarkt gibt es in diesem Bereich noch keine Übersicht über die Produktionskette. Damit ist es derzeit nicht möglich, den Einkauf gezielt zu lenken. Kirchliche Stellen sollten daher Druck aufbauen, indem sie bei den Lieferanten nach den Produktionsbedingungen fragen. Dabei bieten sich Vernetzungen zu anderen Bereichen an: Es werden bei der Produktion von Haushaltsgeräten und Fahrzeugen häufig die gleichen Metalle verwendet wie bei Bürogeräten. Die Fertigung vieler Teile findet oft in den gleichen Industriegebieten und zu den gleichen schlechten Bedingungen statt wie die von Bürogeräten oder Bekleidung.

Tarif- und Mindestlöhne in Deutschland

Bei ausgelagerten Dienstleistungen wie der Gebäudereinigung arbeiten kirchliche Stellen oft mit Anbietern, die äußerst niedrige Löhne zahlen. Daher sind einige Kirchenkreise dazu übergegangen, von Unternehmen die Zahlung von Tariflöhnen zu verlangen. Liegen diese sehr niedrig, fordert beispielsweise der Kirchenkreis Jülich einen Stundenlohn von 7,50 Euro als Untergrenze der Entlohnung (siehe Kasten).

Erklärung zum Mindestlohn

Sozialverträgliche Arbeitsbedingungen bei uns

Alle Firmen, die mit dem Kirchenkreis im größeren Umfang zusammenarbeiten und bei allen Aufträgen, bei denen eine Ausschreibung gemacht wird, müssen folgende Zusatzklärung abgeben:

"Wir erklären hiermit, dass wir tarifgemäße Löhne und Gehälter zahlen. Wenn der tarifgemäße Lohn unter € 7,50/h liegt, so erklären wir, dass mindestens € 7,50/h dem Arbeitnehmer brutto vergütet wird.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich dafür Sorge zu tragen, dass Gleiches für von ihm beauftragte Subunternehmer gilt.

Sollte der Auftragnehmer seiner vorstehenden Verpflichtung nicht nachkommen, besteht zwischen den Vertragspartnern Einigkeit, dass der betreffende Arbeitnehmer die Differenz zwischen dem erhaltenen Lohn und dem Tariflohn bzw. Mindestlohn von € 7,50/h unmittelbar vom unterzeichnenden Auftragnehmer verlangen kann und der Auftragnehmer gegenüber dem Arbeitnehmer nicht berechtigt ist, sich auf etwaige Verfalls- oder Ausschlussfristen zu berufen."

(Quelle: www.oekofaire-beschaffung.de/seiten/einkauf-mindestlohn.html)

1.4 Geldanlagen nach Kriterien

Neben den Fragen der nachhaltigen Beschaffung von Produkten stellt sich vielen kirchlichen Institutionen die Frage, wie sie ihr Geld nachhaltig anlegen können. Hier bestehen große Unterschiede: Eine Gemeinde benötigt vor allem eine Bankverbindung, bei der sie sich sicher sein kann, dass ihr Geld gemäß christlicher Werte angelegt wird. Auch für Kirchenkreise steht die Bankverbindung im Mittelpunkt. Es kommt hier aber zusätzlich die Anlage in Investmentfonds in Frage, die Wertpapiere (Aktien und Anleihen) kaufen. Landeskirchen und Pensionskassen engagieren sich ebenfalls über Wertpapierfonds an den internationalen Kapitalmärkten.

Für die nachhaltige Beschaffung ergibt sich daher:

- Gelder der Kirchengemeinde sollten bei Banken angelegt sein, die einen Ethikfilter berücksichtigen. Dies bedeutet, dass diese Banken alle ihre Investitionen und Kredite auch unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten betrachten und das Geld ihrer Kunden nur dort investieren, wo bestimmte Mindeststandards eingehalten werden.
- Kirchenkreise, Landeskirchen und ihre Pensionsfonds sollten darüber hinaus nur in Fonds investieren, für die ökologische und soziale Kriterien gelten.

Wichtig ist es darauf zu achten, dass die Einhaltung der Kriterien von Experten etwa aus Nachhaltigkeitsratingagenturen gewährleistet wird.

EKiR mit Nachhaltigkeitsfilter

Die Evangelische Kirche im Rheinland orientiert sich bei ihren Geldanlagen an dem „Nachhaltigkeitsfilter“ der KD-Bank. Sie ist die erste evangelische Kirchenbank mit Nachhaltigkeitsfilter bei der Geldanlage und berücksichtigt seit 2008 bei ihren Empfehlungen den Aspekt der Nachhaltigkeit gleichberechtigt zu anderen Zielen wie Rendite, Liquidität und Sicherheit. Entsprechende Regelungen über die Verwendung von Nachhaltigkeits- bzw. Ethikfiltern sind zwischenzeitlich in die Satzungen der (Zusatz-)Versorgungskassen übernommen worden.

Orientierung und Hilfestellung für Interessierte bietet die KD-Bank u. a. im Internet:
www.kd-bank.de/wir_fuer_sie/nachhaltigkeitsfilter.html.

2. Umsetzung

„Ökofaire Beschaffung bedeutet für den Kirchenkreis, dass wir uns auf den Weg machen, nach Möglichkeit nur solche Produkte zu erwerben, die Ressourcen schonen, möglichst umweltverträglich sind und den Menschen, die an der Produktion bzw. dem Vertrieb beteiligt sind, sozialverträgliche Arbeitsbedingungen gewähren.“

(Quelle: Kirchenkreis Jülich, www.oekofaire-beschaffung.de/seiten/einkauf.html)

Innerhalb der Evangelischen Kirche im Rheinland gibt es zahlreiche Gemeinden, Kirchenkreise und kirchliche Einrichtungen, die erste oder schon weiterreichende Schritte hin zu einer ökologisch und sozial verantwortlichen Beschaffung unternommen haben. Der Weg der Umsetzung variiert dabei stark.

In Jülich wurde beispielsweise der Kirchenkreis aktiv, zwei Ausschüsse haben die Vorgaben für die Beschaffung erstellt und eine eigene Webseite wurde eingerichtet (www.oekofaire-beschaffung.de). Mitglieder eines Ausschusses motivieren und beraten die Presbyterien der Gemeinden, die Änderungen im Einkauf von Produkten und Dienstleistungen planen. Ähnliche Ansätze haben etwa die Kirchenkreise Dinslaken, Solingen und Moers. Zugleich wurden zahlreiche Gemeinden aktiv. In der Gemeinde Dinslaken-Hiesfeld beispielsweise beschäftigen sich mehrere Ausschüsse („Ökumene“, „Umwelt“ und „Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt“) mit dem Thema Beschaffung und regen Änderungen an.

Die bereits zitierte Befragung von 22 Landeskirchen und Diakonischen Werken zeigte, wie zersplittert die Beschaffung in kirchlichen Einrichtungen ist:

„In den meisten Einrichtungen liegt der Einkauf nicht in einer Hand, sondern in verschiedenen Abteilungen. Einheitliche Richtlinien bestehen dabei innerhalb einer Einrichtung oft nicht. Es werden z.B. Bürogeräte über die IT-Abteilung, Reinigungsmittel über die externe Reinigungsfirma oder Baumaterialien über den beauftragten Bauträger eingekauft. Die Beschaffung der Einkaufsabteilungen konzentriert sich überwiegend auf die Bereiche Büroartikel und -ausstattung, Verwaltung (Transport, Energie, Wasser), Küchenausstattung und Hygieneartikel.

Die Studie ergab weiter, dass ökologische Kriterien bei der Mehrzahl der Befragten durchaus bekannt sind, dass sie aber im Arbeitsalltag kaum eine Rolle spielen, mit Ausnahme des Recyclingpapiers. Weitergehende Ansätze wie Energieeffizienz oder der CO₂-Fußabdruck werden dagegen nur selten berücksichtigt. Dennoch werden ökologische Kriterien der Beschaffung in den Kirchen noch deutlicher berücksichtigt als faire Aspekte. Hier ist den Befragten ausschließlich Kaffee bekannt, der in einzelnen Verwaltungen durchaus geordert wird. Doch könnte in den Verwaltungen, diakonischen Einrichtungen und Krankenhäusern der Einsatz von fairem Kaffee noch deutlich ausgeweitet werden“ (Teichert 2010).

Dabei stehen Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen ihren Lieferanten mit „neuen“ Anforderungen nicht alleine gegenüber. In der öffentlichen Beschaffung – von den Kommunen über die Länder bis hin zum Bund – läuft eine ähnliche Debatte. Hier können sich Synergien ergeben: Wenn eine Kirchengemeinde über neue Kriterien beim Einkauf nachdenkt, könnte die Frage im Rathaus lohnen, ob dort nicht gerade der gleiche Prozess gestartet wurde oder sogar bereits erfolgreich läuft (eine Liste der bereits aktiven Kommunen siehe unter www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de).

Wie vorgehen?

Es gibt eine Reihe von Leitfäden dazu, wie innerhalb der Kirchengemeinden und kirchlichen Stellen der Prozess hin zu einer veränderten Beschaffung in die Wege geleitet werden kann. Der Ablauf kann folgendermaßen aussehen:²

1. Das Presbyterium bzw. die Leitung einer Einrichtung beschließt, die Beschaffung nach ökologischen und sozialen Kriterien neu auszurichten.
2. Eine oder mehrere Personen werden als verantwortliche Beauftragte benannt. Dabei werden in Regel Personen benannt, die ohnehin mit diesem Bereich befasst sind.
3. Bei Bedarf steht diesen ein erweitertes Team als Ansprechpartner zur Verfügung, etwa ein Architekt für Recherchen im Baubereich, ein Hausmeister für die Gebäudetechnik, Engagierte aus umliegenden Weltläden für den Einkauf von Nahrungsmitteln etc.
4. Es werden allgemeine Richtlinien formuliert, die die Ziele der Änderung der Beschaffung der Einrichtung umreißen. Dabei können die Verantwortlichen auf Erfahrungen aufbauen, die an anderen Orten bereits gemacht wurden.
5. Die Verantwortlichen führen eine Bestandsaufnahme durch: Welche Umweltstandards erfüllen die vorhandenen Gebäude und Geräte? Was wird derzeit beschafft?
6. Auf der Basis der Bestandsaufnahme wird ermittelt, wo Verbesserungen und Veränderungen notwendig sind.
7. Die Verantwortlichen für die zu ändernden Bereiche entwerfen einen Plan, wie und wann die Veränderungen umgesetzt werden. In diesem Plan werden regelmäßige Erfolgskontrollen festgelegt.
8. Die Ergebnisse des Prozesses werden öffentlich gemacht, um Rechenschaft ablegen und zugleich als Vorbild für andere Institutionen und Personen dienen zu können.
9. Im Umweltbereich ist es darüber hinaus möglich, eine Zertifizierung nach der europäischen Umwelt-Audit-Verordnung (EMAS II) durch einen externen Gutachter durchführen zu lassen.

Wer ist zuständig?

Die Aufstellung über die bisherige Praxis und zukünftige Ziele kann nur gelingen, wenn sich die Verantwortlichen in den Gemeinden einbinden lassen. Dies reicht von hauptamtlichen Arbeitskräften bis hin zu kundigen ehrenamtlich Tätigen. Dabei wird auch deutlich, wer für welchen ökologisch und sozial relevanten Bereich zuständig ist:

- Wo müssen/können Gemeinden selbständig handeln?
- In welchen Bereichen sind Kirchenkreise oder die Landeskirche zuständig?
- Wofür sind Presbyterien oder Synoden zuständig?
- Was fällt in die Verantwortung von Pfarrerinnen und Pfarrern, Hausmeistern, Verwaltungsstellen oder den Leitungen kirchlicher Einrichtungen?

Darüber hinaus wird deutlich, wie viele Menschen in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen bereit sind, einen solchen Prozess mitzutragen und vor allem daran mitzuarbeiten.

Bei großen kirchlichen Einrichtungen ist dagegen ein Beschluss der Leitung, der dann von den für die Beschaffung zuständigen Menschen umgesetzt werden muss, der Startpunkt aller

² Die folgenden Punkte sind eng an einen Entwurf zum Umweltmanagement („Grüner Hahn“) der Arbeitsstelle Umweltschutz im Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers“ angelehnt (<http://www.gruenerhahn.de/pages/wie-funktioniert-es.php>).

Veränderungen. Wie erfolgreich dies sein kann zeigte sich beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Der Ende 2009 veröffentlichte „Umweltbericht“ belegt weitreichende Veränderungen bei der Beschaffung des Hilfswerks – und in einigen Bereichen binnen kurzer Zeit erzielte erhebliche Einsparungen im Verbrauch von Energie und Ressourcen (EED 2009a). Voraussetzung dieser Veränderungen war die konsequente Umsetzung von zuvor erarbeiteten Plänen, die von hauptamtlichen Stellen unterstützt wurde.

Wie weit gehen?

Kleine Gemeinden sollten darauf achten, realistische Ziele festzulegen und erst nach ersten Erfolgserlebnissen weitere Schritte zu bestimmen. Auch bei Kirchenkreisen und kirchlichen Einrichtungen muss im Blick bleiben, was umsetzbar ist. Zugleich dürfen die Ziele angesichts der gravierenden ökologischen und sozialen Probleme bei vielen Produkten nicht zu niedrig gewählt werden.

Häufig ist wesentlich mehr möglich, als es auf den ersten Blick erscheint. Voraussetzung dafür ist allerdings das Wissen, wie die neuen Wege mit möglichst geringem Aufwand gefunden werden können. Kenntnisse über das Vorgehen anderer Gemeinden und Einrichtungen, die den gleichen Weg gehen – sei es durch Leitfäden, Internetadressen oder persönliche Beratung – sind daher zentral für die Erarbeitung dessen, was realistisch umsetzbar ist.

Wer hilft?

Die Kirchengemeinden und andere kirchliche Einrichtungen können auf die vielen Erfahrungen von Vorreitern aufbauen.

Beschaffung – Kirchenkreise Jülich und Moers

Der Kirchenkreis Jülich hat für den Einkauf eine Liste von Vorhaben aufgestellt, die größtenteils schnell und einfach umzusetzen sind:

„Soweit keine erheblichen wirtschaftlichen Gründe dagegen sprechen, erhalten die folgenden Produkte den Vorrang:

- Produkte mit allgemeingültigem Umweltzertifikat (z. B. Umweltengel)
- Saisonale und regionale Produkte
- Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau
- Fleisch aus artgerechter Tierhaltung
- Produkte mit Transfair- Siegel
- Produkte, die den Respekt der Menschenrechte und Kernarbeitsnormen in der Zulieferkette sichern (z. B. keine Zwangs- oder Kinderarbeit)
- Langlebige, reparaturfreundliche und energiesparsame Produkte
- Recyclingprodukte und leicht zu entsorgende Produkte
- Produkte mit optimaler Nachfüllbarkeit (z.B. Tintendrucker mit Einzelfarbtanks)
- Produkte, die bei Verpackung und Transport umwelteffizient sind
- Keine gentechnisch veränderten Produkte.“

Der Kirchenkreis Jülich fordert zudem von den Lieferanten die Zusicherung, Tariflöhne zu zahlen oder – falls der Tarif niedriger ist – einen Mindestlohn von 7,50 Euro je Stunde (www.oekofaire-beschaffung.de / Details siehe Kasten Seite 25)

Um zu verwertbaren Auskünften über die Geschäftspraxis der Unternehmen zu kommen, verschickt der Kirchenkreis Jülich einen standardisierten Fragebogen. In dieser

„Lieferantenbefragung“ wird nach ökologischen und sozialen Standards der Waren gefragt, von der eigentlichen Produktion über die Verpackung bis hin zum Transport (Kirchenkreis Jülich / www.oekofaire-beschaffung.de/artikel/Lieferantenbefragung.pdf).

Mit Hilfe dieses Fragebogens lässt sich schnell feststellen, ob die Lieferanten die gestellten Kriterien erfüllen oder ob sie bereit sind, den Weg zu dieser Erfüllung zu gehen.

Der Kirchenkreis Moers diskutiert einen „Maßnahmenkatalog für das Beschaffungswesen des Kirchenkreises Moers und seiner Einrichtungen“, der neben den Bereichen, die verändert werden sollen, auch zu beachtende Öko- oder Sozialsiegel und mögliche Bezugsquellen auflistet.

Arbeitsgruppe der EKIR

Wie bereits im ersten Teil dieses Leitfadens erwähnt, erörtert im Landeskirchenamt der EKIR derzeit eine Arbeitsgruppe, wie die Einhaltung von Sozialstandards und Tarifstandards in der Verwaltungsordnung verankert werden können. Dabei ist z. B. die Vereinbarkeit mit den landes- und bundesweiten sowie auch europäische Ausschreibungsverordnungen oder auch der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) zu beachten. Ergebnisse werden zu gegebener Zeit veröffentlicht. Auskunft zum Stand der Beratungen erteilt Frau Dr. Kordula Schloesser-Kost: kordula.schloesser@ekir-lka.de.

Evangelischer Entwicklungsdienst

Mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) hat eine der großen kirchlichen Einrichtungen im Rheinland ebenfalls eine umfassende Beschaffungsordnung mit vielen wertvollen Hinweisen aufgestellt. Erläutert werden in einem ersten Schritt die Grundsätze, die bei der Beschaffung befolgt werden sollen (siehe Kasten).

Grundsätze für die Anwendung der Beschaffungskriterien

1) Generell ist beim Kauf von Produkten, die im Ausland produziert werden, sicherzustellen, dass bei der Herstellung Sozial- und Umweltstandards berücksichtigt wurden. Dies ist durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung nachzuweisen.

2) Im Beschaffungswesen finden nach Möglichkeit nur Produkte Berücksichtigung, die durch die Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung nachweisen, dass sie ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben.

3) Auch beim Kauf von Produkten, die im Inland hergestellt wurden und bei Dienstleistungen ist darauf zu achten, dass verantwortungsvolle Arbeitsbedingungen im Sinne der Corporate Social Responsibility des Produzenten/ Dienstleisters vorhanden sind.

Es sollen Produkte gekauft werden, die strahlungs- und schadstoffarm sind. Nähere Einzelheiten ergeben sich aus der Beschreibung des Herstellers oder der Broschüre "Klimafreundlich einkaufen" der Verbraucher Initiative e.V. sowie aus dem Internet unter www.ecotopten.de und www.label-online.de. Ferner ist darauf zu achten, dass diese Produkte strom- und wassersparend sind.

4) Die Hausorganisation wird aus Gründen der besseren Umsetzung beauftragt, einen Großanbieter für möglichst viele der einzukaufenden Produkte auszusuchen, der sich auf ökofaire Produkte spezialisiert hat oder einen Anbieter, der ökofaire Produkte in seinem Portfolio hat. In diesem Falle kann beim Kauf auf die anliegenden Erklärungen verzichtet werden.

Vor den jeweiligen Bestellungen müssen Informationen über die o. g. Aspekte des Produkts, der Produktion oder der Dienstleistung eingeholt werden. Sicherheit geben die anerkannten Umwelt- und Sozialsiegel sowie technische Prüfzeichen für z.B. energiesparende/strahlungsarme Computer (Informationsquellen sind nachfolgend genannt). Die Beschaffungsliste B gibt Auskunft über die Einzelheiten ökofairer Beschaffung. Bei der Umweltbeauftragten des EED sind weitere Hinweise und Begründungen zu den einzelnen Maßnahmen einsehbar.

(Quelle: EED 2009)

In der Beschaffungsordnung werden zudem die wichtigsten zu beschaffenden Produkte aufgelistet mitsamt der verlangten Öko- und Sozialsiegel sowie den Bezugsquellen (EED 2009).

Energiesparen – Leitfaden

Für den gesamten Energiebereich kirchlicher Gebäude liegt ein Leitfaden vor. Der von der „EnergieAgentur.NRW“ herausgegebene Band geht auf 150 Seiten detailliert auf die besonderen Bedürfnisse von Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen ein. Die Darstellung reicht vom Nutzungsverhalten der Räume über die Dämmung bis hin zu Heizung, Warmwasseraufbereitung und Beleuchtung. Dabei werden die verschiedensten Maßnahmen zur Energieeinsparung erläutert. Selbst die Besonderheiten beim Heizen einer Kirche werden erläutert. Abgerundet wird der Leitfaden durch die Beschreibung der vielen Möglichkeiten, wie Energie eingespart werden kann: Welchen Brennstoff soll die Gemeinde einsetzen? Was ist mit Solarthermie und Photovoltaik? Welche Lampen sind sinnvoll? Sehr hilfreich ist auch ein umfassendes Kapitel über Wege, Umbaumaßnahmen zu finanzieren: Welche Förderprogramme gibt es? Wie funktioniert ein Energie-Contracting? Das Ende des Leitfadens bildet ein Anhang mit Vordrucken, in die die Daten der eigenen Gemeinde eingetragen werden können (Dahm 2009).

Energiesparen – Umweltmanagement – Grüner Hahn / Grüner Gockel

In mehreren Landeskirchen gibt es ein Projekt mit dem Titel „Grüner Hahn“ oder „Grüner Gockel“. Ziel ist die Einführung eines Umweltmanagements in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen. Angeboten werden Schulungen, Arbeitshilfen, Erfassungsbögen und Vorlagen für Umweltleitlinien etc. Als krönender Abschluss des Prozesses kann eine Zertifizierung nach EU-Öko-Audit-Verordnung (EMAS II, siehe Kasten) angestrebt werden.

In Westfalen, Hannover und Bremen unterstützen die Landeskirchen das Projekt, indem sie hauptamtliches Personal und Zuschüsse zur Verfügung stellen. In der Evangelischen Kirche im Rheinland wird die Erhebung der Verbrauchsdaten für Wasser und Energiebedarf in Gebäuden als Grundlage für eine umfassendere Einführung eines Umweltmanagements vorbereitet. Ein dem „Grünen Hahn“ entsprechendes Projekt wird in Pilotregionen mit interessierten Kirchengemeinden erprobt. Einzelne Kirchengemeinden haben bereits mit dem Prozess der Zertifizierung begonnen.

„Die europäische EMAS-Norm als Grundlage kirchlicher Umweltmanagementsysteme

Die Einführung von Umweltmanagementsystemen entlang der Vorgaben von EMAS II (Eco Management and Audit Scheme, eine EU-Norm) hat sich im kirchlichen Bereich bewährt. EMAS II ist prinzipiell einem selbst verliehenen kirchlichen Umweltmanagement-Siegel vorzuziehen. Die Kirchen stehen hier in der politischen Verantwortung und haben eine Vorbildfunktion. Sie können mit ihrem Handeln demonstrieren, dass selbst für Kleinbetriebe Umweltschutz möglich und lohnend ist. Über Kirchenvorstände und kirchliche Umweltteams werden Menschen erreicht und von der Sinnhaftigkeit von EMAS überzeugt, die auch beruflich mit der Einführung von Umweltmanagementsystemen zu tun bekommen können. Sich an einer europäischen Norm zu orientieren verleiht dem betrieblichen Umweltschutz mehr Glaubwürdigkeit als jede freiwillige Selbstverpflichtung. Die Vorgaben der EMAS-Norm, die wir in unserem kirchlichen Umweltmanagementsystem Der Grüne Hahn anwenden, gewährleisten einen hohen Multiplikationseffekt für alle Gemeindeglieder, die sich über die Verfahrensweisen und Wirkungen des Grünen Hahns informieren. Wer die Erfolge in der Kirchengemeinde sieht, wird auch zu Hause versuchen, sich vernünftiger zu verhalten.“

(Quelle: www.gruenerhahn.de/pages/eine-chance-fFCr-jede-kirchengemeinde/eine-chance-fFCr-jede-kirchengemeinde-6.php)

Beschaffung – „Zukunft einkaufen“

Das ökumenisch getragene, seit längerer Zeit laufende Projekt „Zukunft einkaufen“ befasst sich sowohl mit ökologischen als auch sozialen Aspekten der Beschaffung. Ziel „ist es,

- einen essentiellen Beitrag zur Verbesserung der kirchlichen Beschaffung unter Nachhaltigkeitskriterien zu leisten und damit zur Umweltentlastung beizutragen. Im Fokus des Projekts stehen dabei „kirchentypische“ Beschaffungsschwerpunkte wie Büromaterialien, technische Geräte, Energie, Mobilität sowie Lebensmittel.
- durch eine gesteigerte Nachfrage nach nachhaltigen Produkten eine Qualifizierung der Hersteller- und Dienstleisterseite zu bewirken.
- durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, Vorbildwirkung und Vernetzung Impulse für die Veränderung des Beschaffungsverhaltens anderer Institutionen (z. B. Kommunalverwaltungen) zu geben.
- den privaten Konsum und Lebensstil der Gemeindeglieder zu thematisieren und Wege zu nachhaltigen Konsummustern aufzuzeigen“ (www.wgkd.de/zukunft_einkaufen.html).

Im Mai 2010 wurde die Kampagne „Kirchen machen Politik mit dem Einkaufskorb. Heute für die Zukunft einkaufen – Ökofair geht jeden an“ begonnen.

Um in Gemeinden oder kirchlichen Einrichtungen eine ökologische und faire Beschaffung zu unterstützen, wurde eine ganze Serie von Arbeitsmaterialien veröffentlicht (siehe Literaturliste). Dazu gehört eine „Checkliste zur Bestandsaufnahme“, die als Heft bezogen oder von der Website heruntergeladen werden kann. Wer diese Checkliste durcharbeitet und alle Fragen beantwortet, hat einen umfassenden Überblick über die Beschaffung in der Gemeinde oder Einrichtung. Doch auch Teilaspekte der Liste lassen sich als Zwischenschritt sinnvoll nutzen (www.zukunft-einkaufen.de).

Landeskirchen können Hilfestellungen geben

Die Bremische Evangelische Kirche hat Teile der eigenen Beschaffung umgestellt und arbeitet an weiteren Feldern. „Dabei hat es sich als sinnvoll herausgestellt, Beschaffungsrichtlinien zu erstellen, aus denen u.a. Produkt, Hersteller, erforderliches Siegel, Bezugsmöglichkeiten hervorgehen. Dies vereinfacht auch den Überblick über die verschiedenen, davon betroffenen Bereiche und verhindert, dass Dinge übersehen werden. Außerdem muss eine Person mit dem Begleiten des Umstellungsprozesses beauftragt werden, damit nicht durch die Belastungen des täglichen Geschäftes doch wieder alles seinen gewohnten Gang geht“ (Junk 2009: 3).

Die Landeskirche möchte den Gemeinden helfen, diesem Weg zu folgen. Die Beschaffungsordnung und „Kataloge für Büro- und Reinigungsmaterialien stehen ab 1.1.2010 allen Gemeinden, Ämtern und Werken zur Verfügung. Statt langem Suchen reicht der Griff zu einem Heft und die Sekretärin und der/dieKüsterIn kann sicher sein, die Produkte entsprechen den Vorgaben, ohne dass sie oder er lange suchen muss.“ Alle Daten werden zudem über das Mitarbeitendenportal im Internet zugänglich gemacht (Junk 2009: 5).

3. Ausblick

Von dem eingangs erwähnten Umfang der Beschaffung der katholischen und der evangelischen Kirchen in Höhe von jährlich mindestens 60 Mrd. Euro wird erst ein kleiner Teil nach ökologischen und sozialen Kriterien eingekauft. Eines der Hauptprobleme ist dabei, dass die Umsetzung einer veränderten Beschaffung ein Umdenken voraussetzt: Es darf nicht mehr der kurzfristig geringste Preis gelten, sondern es muss über die mittel- und langfristigen Folgen des Einkaufes nachgedacht werden.

Neben dem Umdenken erfordern jedoch selbst Maßnahmen zur Einsparung von Energie erst einmal Investitionen. An erster Stelle muss Zeit investiert werden. Dies stellt oft die höchste Hürde dar. Wünschenswert wäre daher, es den Gemeinden und Einrichtungen einfacher zu machen.

Die von verschiedenen Stellen erarbeiteten Informationsmaterialien und Checklisten sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch über das Papier hinaus müssen Plattformen geschaffen werden, um Erfahrungen auszutauschen und sich weiterzubilden.

Bei Fragen zur Umstellung der eigenen Beschaffung können sich Interessierte in der EKIR an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des "Gemeindedienst für Mission und Ökumene" (GMÖ) in ihrer Region wenden (Kontaktadressen siehe unter: www.gmoe.de).

Zu hoffen ist darüber hinaus, dass der Einkauf über zentrale Stellen vereinfacht wird. Eine Möglichkeit, dies umzusetzen, bietet die „Wirtschaftsgesellschaft der Kirchen in Deutschland mbH (WGKD)“. Diese 2004 gegründete Einrichtung versteht sich als ökumenische Einkaufsplattform, an der der Verband der Diözesen Deutschlands, der Deutsche Caritasverband, die Evangelische Kirche in Deutschland, das Diakonische Werk der EKD und die Deutsche Ordensobernkonzferenz angeschlossen sind. Ziel ist die Bündelung des kirchlichen Einkaufspotentials. Dazu werden unter anderem Rahmenverträge mit Lieferanten abgeschlossen. So sollen deutlich höhere Rabatte durchgesetzt werden, als es beim Einkauf durch die einzelnen kirchlichen Einrichtungen möglich wäre.

Die WGKD kooperiert mit dem Projekt "Zukunft einkaufen". Ziel ist, „Rahmenverträge mit Lieferanten nachhaltiger Produkte abzuschließen, damit die an ‚Zukunft einkaufen‘ interessierten kirchlichen Einrichtungen in die Lage versetzt werden, den theoretischen Gedanken der Nachhaltigkeit beim Einkauf in die Praxis umzusetzen“ (www.wgkd.de).

Der Ausbau dieser Plattform könnte dazu führen, dass die nachhaltige Beschaffung in naher Zukunft wesentlich einfacher wird: Der Blick auf eine Webseite zeigt, was möglich ist. Die Rahmenverträge beispielsweise mit einem Stromanbieter ermöglichen es den am Markt bislang zersplittert auftretenden Beschaffern zudem, Rabatte auszuhandeln.

Neben der gestärkten Verhandlungsmacht beim Preis lassen sich auch verschärfte ökologische und soziale Forderungen denken wie etwa: „Der Konzern, der im Jahr 2015 Autos mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als XX Gramm je Kilometer anbietet, wird zum bevorzugten Partner“. In eine ähnliche Richtung gehen Bemühungen von Landeskirchen, wie etwa der in Bremen, Kataloge für Einkauf etwa von Büromaterialien aufzubauen, die die Beschaffung kleiner Mengen bei regionalen Lieferanten ermöglichen. Der gesammelte Einkauf erhöht die Bereitschaft der Lieferanten, das eigene Angebot umzustellen.

Der Druck auf die Unternehmen, ökologisch und sozial nachweislich nachhaltige Produkte anzubieten, wird weiter wachsen. Dafür sorgen nicht nur die Anfragen aus den Kirchen und der öffentlichen Verwaltung, sondern auch Kampagnen wie die des Netzwerkes Unternehmensverantwortung ("Corporate Accountability" – CorA, www.cora-netz.de) mit einem Schwerpunkt "Öffentliche Beschaffung". Damit wächst auch das Angebot nachhaltiger Produkte, was den Einkauf zukünftig vereinfachen wird.

4. Links und Kontakte

Kontaktpersonen im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland:

Dr. Heinz-Jürgen Joppien (Beschaffungswesen / Konsum): heinz-juergen.joppien@ekir-lka.de

Hartmut Schaap (Ökostrom / Gebäudemanagement): hartmut.schaap@ekir-lka.de

Dr. Kordula Schlösser-Kost (Sozial- und Tarifstandards): kordula.schloesser@ekir-lka.de

Wolfram Walbrach (»Grüner Hahn« / Umweltmanagement): wolfram.walbrach@ekir-lka.de

Initiativen im kirchlichen Bereich

Beratung in der EKIR: Gemeindedienst für Mission und Ökumene (GMÖ): www.gmoe.de

Zukunft einkaufen: www.zukunft-einkaufen.de

Grüner Gockel: www.gruener-gockel.de

Grüner Hahn – Westfalen: www.kirchliches-umweltmanagement.de

Grüner Hahn – Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers: www.gruenerhahn.de

Klimaschutzabgabe – Kompensationsprojekte – FlugFaircare-Fonds“ der Infostelle Klimagerechtigkeit (Nordelbien): www.klimagerechtigkeit.de

Praktische Hinweise:

Beschaffungsw Webseite des Kirchenkreises Jülich: www.oekofaire-beschaffung.de/seiten/links.html

Leitfaden und vieles mehr: www.zukunft-einkaufen.de

Welches Label sagt was? – Eine Zusammenstellung: www.zukunft-einkaufen.de/standards.html

Ratschläge für den Kauf von

- Büromöbeln
- Elektr. Energie
- Lebensmitteln
- Leuchtmitteln
- Mobilität
- Papier
- Steinen
- Textilien

www.zukunft-einkaufen.de/die-produkte.html

Informationen des Evangelischen Entwicklungsdienstes zur Beschaffung: www.eed.de/de/de.col/de.sub.49/de.sub.info/de.info.438/index.html

„niemand isst für sich allein. Die Kampagne zur Ernährungssicherheit“, Ernährungskampagne von „Brot für die Welt“: www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung

Informationen zu fairem Kaffee in der Kirche: www.kirchen-trinken-fair.de

Informationen zu einzelnen Themenbereichen

Fördermöglichkeiten für Baumaßnahmen – Datenbank des Bundeswirtschaftsministeriums: www.foerderdatenbank.de

Informationen über Kommunen, die die Beschaffung ändern: www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/

Netzwerk Unternehmensverantwortung (Corporate Accountability) CorA mit Arbeitsschwerpunkt „Öffentliche Beschaffung“: www.cora-netz.de/

Infos zu über 400 Fair- und Öko-Labeln: www.label-online.de

Produkte mit dem Umweltlabel “Blauer Engel”: www.blauer-engel.de

Website des Umweltbundesamtes zu umweltfreundlicher Beschaffung: www.beschaffung-info.de

Website zu energiesparenden Elektrogeräten: www.energiesparende-geraete.de

Vergleiche von Geräten durch das Freiburger Öko-Instituts: www.ecotopten.de

5. Literatur

(Letzter Zugriff auf die online verfügbaren Materialien: 18. Mai 2010)

Berliner Energieagentur GmbH (Hrsg.) 2009: Beschaffung und Klimaschutz. Leitfaden zur Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen – Fahrzeuge, http://www.buy-smart.info/media/file/237.BuySmart_Leitfaden_Fahrzeuge.pdf.

Berliner Energieagentur GmbH (Hrsg.) 2009a: Beschaffung und Klimaschutz. Leitfaden zur Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen – Beleuchtung, http://www.buy-smart.info/media/file/236.BuySmart_Leitfaden_Beleuchtung.pdf.

Berliner Energieagentur GmbH (Hrsg.) 2009b: Beschaffung und Klimaschutz. Leitfaden zur Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen – Bürogeräte, http://www.buy-smart.info/media/file/239.BuySmart_Leitfaden_IT.pdf.

Berliner Energieagentur GmbH (Hrsg.) 2009c: Beschaffung und Klimaschutz. Leitfaden zur Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen – Haushaltsgeräte, http://www.buy-smart.info/media/file/238.BuySmart_Leitfaden_Haushaltsgeraete.pdf.

BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) / Brot für die Welt, EED (Evangelischer Entwicklungsdienst) 2008 (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.

BUND / Brot für die Welt / EED 2009 (Hrsg.): Wegmarken für einen Kurswechsel – eine Zusammenfassung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“.

Dahm, Christian 2009: Energiesparen in Kirchengemeinden. Ein praktischer Leitfaden herausgegeben von der EnergieAgentur.NRW und dem oekom verlag.

DENA (Deutsche Energie-Agentur) (Hrsg.) 2006: Effiziente Beleuchtung: Konsequenz Kosten senken. Tipps für die Modernisierung in Bürogebäuden, https://www.energieeffizienz-im-service.de/uploads/tx_zrwshop/DL_Beleuchtung.pdf.

ECF (European Climate Foundation) 2010: Roadmap 2050 - A Practical Guide to a Prosperous, Low-carbon Europe" project, <http://www.roadmap2050.eu/downloads.html>.

EED (Evangelischer Entwicklungsdienst) 2009: Beschaffungsordnung. Schöpfung bewahren – mehr Gerechtigkeit ermöglichen, http://www.eed.de/fix/files/doc/090629_Beschaffungsordnung_EED_final.pdf.

EED 2009a: Umweltbericht 2009. Ergänzung zur Umwelterklärung des Evangelischen Entwicklungsdienstes 2008-2011, http://www.eed.de/fix/files/doc/100204_umweltbericht_2009.pdf.

EnergieAgentur.NRW 2007: NRW spart Energie. Contracting: Energieeffizienztechnologien ermöglichen. Ein Leitfaden der EnergieAgentur.NRW, http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/70197/contracting_energieeffizienztechnologien_ermglichen.pdf.

EnergieAgentur.NRW 2010: Besonders sparsame Haushaltsgeräte 2009/10. Eine Verbraucherinformation,
http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/70415/haushaltsgeraete_0910.pdf.

Fasse, Markus 2010: Konzerne kaufen klimafreundliche Dienstwagen, Handelsblatt Online, 26.01.2010,
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/ b=2518676, p=5, t=ftprint.doc page=0;printpage>.

FSC (Forst Stewardship Council – Arbeitsgruppe Deutschland e.V.) (Hrsg.) 2009: Gutes Holz. Leitfaden für eine verantwortungsvolle Beschaffung.

Global Witness 2009: „Faced With A Gun, What Can you Do?“ War And The Militarisation Of Mining In Eastern Congo,
http://www.globalwitness.org/media_library_detail.php/786/en/global_witness_report_faced_with_a_gun_what_can_yo.

Hütz-Adams, Friedel 2008: Steine des Anstoßes - Arbeitsbedingungen bei Natursteinlieferanten für Baumärkte und Küchenhersteller (2008),
http://www.suedwind-institut.de/downloads/2008-06_sw_steine-des-anstosses.pdf.

Hütz-Adams, Friedel 2010: Schmuck – Liebesbeweis, Broterwerb und Ausbeutung. Vom Rohstoff bis zur Ladentheke,
http://www.suedwind-institut.de/downloads/2010-02_SW_Schmuck-Studie.pdf.

ISI / IZT (Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI / Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung IZT 2009: Rohstoffe für Zukunftstechnologien Einfluss des branchenspezifischen Rohstoffbedarfs in rohstoffintensiven Zukunftstechnologien auf die zukünftige Rohstoffnachfrage.

Junk, Helmut: Bericht zur öko-fairen Beschaffung in den zentralen Einrichtungen der Bremischen Evangelischen Kirche.

Kirchenkreis Jülich: Lieferantenbefragung,
<http://www.oekofaire-beschaffung.de/artikel/Lieferantenbefragung.pdf>.

Kloos, Dominic 2009: Sozial-ökologische Mode auf dem Prüfstand – Überblick und Analyse,
http://www.suedwind-institut.de/downloads/2009-01_som_SW-Studie_2009-12_sozial-oekologische-Mode.pdf.

Klimaplattform 2009: Klima der Gerechtigkeit Entwicklungspolitische Klimaplattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke. Druckfassung hrsg. von Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld,
<http://www.evangelisch-in-westfalen.de/projekte/klimaplattform>.

Knoke, Irene 2010: Die Armen tragen der Reichen Last? Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer,
http://www.suedwind-institut.de/downloads/2009-08_SW_Die-Armen-tragen-der-Reichen-Last.pdf.

Kunze, Anne 2010: Kleider aus dem Garten, in: Die Zeit, 15.04.2010 Nr. 16, <http://www.zeit.de/2010/16/Local-Cloth?page=1>.

Öko-Institut e.V. / ICLEI (Hrsg.) 2007: Costs and Benefits of Green Public Procurement, in Europe, http://ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/eu_recommendations_1.pdf.

Pendergast, John / Lezhnev, Sasha 2009: From Mine to Mobile Phone. The Conflict Minerals Supply Chain, <http://www.enoughproject.org/files/publications/minetomobile.pdf>

SOMO / SwedWatch 2009: Mobile phone production in China – a follow-up report on two suppliers in Guangdong, <http://makeitfair.org/the-facts/news/important-improvements-at-mobile-phone-charger-manufacturer-in-shenzhen>.

Stern, Nicolas 2006: The Economics of Climate Change; http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm.

UBA (Umweltbundesamt) 2008: Umweltfreundliche Beschaffung. Ökologische & wirtschaftliche Potentiale rechtlich zulässig nutzen, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3687.pdf>.

Teichert, Volker 2009: Ökofaire Beschaffung. Glaubwürdig handeln in Kommunen und kirchlichen Einrichtungen, in: Brot für die Welt / EED (Hrsg.) 2009: Perspektiven im Fairen Handel – Vielfalt schafft Veränderungen, Dossier in WELT-SICHTEN 9-2009, Seite 14-15.

Teichert, Volker 2010: Ergebnisse der Studie „Beschaffungswesen in den Landeskirchen und den Diakonischen Werken“ der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., http://www.umweltbundesamt.de/produkte/dokumente/studie_beschaffungswesen_der_kirchen.pdf

UNSC (United Nations Security Council) 2009: Letter dated 14 May 2009 from the Chairman of the Security Council committee established pursuant to resolution 1533 (2004) concerning the Democratic Republic of the Congo addressed to the President of the Security Council, <http://www.unhcr.org/refworld/country,,UNSC,,COD,456d621e2,4a2d211ab,0.html>

Vergin, Julia 2010: Grüne Technik für den Mittelstand, in: Financial Times Online, 25.02.2010, <http://www.ftd.de/it-medien/it-telekommunikation/energiekosten-gruene-technik-fuer-den-mittelstand/50080385.html>.

Vogt-Sädler, Dagmar, Stadt Neuss – Umweltamt: Mail an den Verfasser vom 19.04.2010.

WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) 2009: Buy IT fair. Leitfaden zur Beschaffung von Computern nach sozialen und ökologischen Kriterien, http://www.pcglobal.org/files/leitfaden_090324_klein.pdf.

Welt & Arbeit 1/2006, <http://www.weltundarbeit.de/>.

Wick, Ingeborg 2007: All die Textilschnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien. Aktionsvorschläge für VerbraucherInnen und GewerkschafterInnen,

http://www.suedwind-institut.de/downloads/ALDI-Broschuere_dl.pdf

WWF-UK (Hrsg.) 2008: One Planet. Mobility - A Journey towards a sustainable future, www.wwf.org.uk/oneplanetmobility.

Zukunft einkaufen 2009: Checkliste zur Bestandaufnahme,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Checkliste_0709.pdf.

Zukunft einkaufen 2009a: Und ihr bewegt sie doch! Ideen und Anregungen für junge Menschen zum nachhaltigen Konsum,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Jugend_ebook.pdf.

Zukunft einkaufen 2009b: Ökofaire Beschaffung – Ein Leitfaden,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Leitfaden_ebook.pdf.

Zukunft einkaufen 2009c: Aktion „Zukunft einkaufen“ – Einführung. Vorschläge für eine Aktionswoche „Zukunft einkaufen“ in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Dachmodul_ebook.pdf.

Zukunft einkaufen 2009d: Klima & Konsum – Aktionsbausteine für die Erwachsenenbildung nicht nur in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Erwachsenenmodul_ebook2.pdf.

Zukunft einkaufen 2009e: Aus der Praxis für die Praxis. Erfahrungen und Anregungen,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_BestPract_ebook.pdf.

Zukunft einkaufen 2010: Heute für die Zukunft einkaufen. Ökofairer Konsum geht jeden an,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Folder_Bundeskampagne_ebook.pdf.

Zukunft einkaufen 2010a: Geld kann duften. Ein Orientierung zur ethisch nachhaltigen Geldanlage,

http://www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Geldbroschuere.pdf.

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

SÜDWIND forscht für gerechte Wirtschaftsbeziehungen

Wir sind davon überzeugt, dass weltweit viele Menschen unter den Auswirkungen der globalen Wirtschaftsweise leiden. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Reichtum einiger und der Armut vieler Menschen vor allem in Entwicklungsländern. Oft sind es ungerechte politische oder wirtschaftliche Strukturen, die dafür verantwortlich sind. SÜDWIND weist immer wieder nach, dass wir in Deutschland – die Politik, Wirtschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher – eine Mitverantwortung für diese Missstände in Entwicklungsländern haben.

SÜDWIND erarbeitet Aktionsvorschläge

Wie kann die Situation im Interesse der Armen hin zu weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit geändert werden? Über die Analyse der Probleme hinaus nutzt SÜDWIND vielfältige Handlungsmöglichkeiten:

- Öffentlichkeitsarbeit
- direkte Verhandlungen mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen,
- Engagement in Kampagnen und Netzwerken wie »erlassjahr.de«, »attac«, »Kampagne für Saubere Kleidung«, »Corporate Accountability« oder der »Klima-Allianz«.
- Aktionen für Verbraucherinnen und Verbraucher.

SÜDWIND arbeitet zu den Themen

- Frauen und Weltwirtschaft,
- Sozialverantwortliche Geldanlagen,
- Armutsbekämpfung und Schulden,
- Globalisierung und Entwicklung.

Kontakt:

Lindenstr. 58-60

53721 Siegburg

Tel.: +49 (0) 2241-536 17 / E-Mail:

info@suedwind-institut.de

Internet: www.suedwind-institut.de

Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR)

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist die zweitgrößte der 22 Gliedkirchen der EKD. Verkündigung der frohen Botschaft, Glaube an Gott den Vater, seinen Sohn Jesus Christus und den Heiligen Geist, Bindung an die beiden biblischen Testamente, Gottesdienst, Gebet, das sind die Grundlagen dieser Landeskirche. Die enge ökumenische Verbindung mit Partnerkirchen in aller Welt ist fest verankert im kirchlichen Leben.

»Missionarisch Volkskirche sein« – unter diesem programmatischen Motto richtet die rheinische Kirche sich derzeit geistlich neu aus: Unsere Kirche begleitet die Menschen in ihrem Leben – Taufe, Konfirmation, Trauung, Bestattung. Weil Glaube nicht ohne Verantwortung für die Gemeinschaft der Menschen denkbar ist, hat die rheinische Kirche darüber hinaus nicht nur ein starkes diakonisches Engagement. Vielmehr setzt sie sich vielfältig sozial ein, wirkt in politischen Debatten mit. Sie arbeitet mit Wort und Tat

beispielsweise für Menschen ohne Arbeit und Flüchtlinge. Mit der Stellungnahme »Wirtschaften für das Leben« hat sich die rheinische Kirche mit dem Thema Globalisierung auseinander gesetzt.

Die rheinische Kirche hat rund 2,8 Millionen Mitglieder. Sie leben in 766 Kirchengemeinden. Das Kirchengebiet erstreckt sich zwischen Emmerich und Saarbrücken über Teile der vier Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen.

Kontakt:

Evangelische Kirche im Rheinland -
Landeskirchenamt

Hans-Böckler-Straße 7 / 40476 Düsseldorf

Tel.: +49 (0)211 / 45 62-0 / E-Mail:

lka@ekir.de

Internet: www.ekir.de